

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheinungswöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M., Einzelhefte 5 Pf., Colonnehette für Arbeitsgehilfe 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzelgen 1 M.

Eigentum des  
Christlichen  
Metallarbeiter-Verbandes  
Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Mut

Ein Pfund Mut ist mehr wert, als eine Tonne Glück.

Jeder muß den Mut der Ueberzeugung haben.

Kühner Mut erklimmt am ersten Thronen.

Mut und Geduld kann alles zwingen.

Gott verläßt den mutigen nimmer.

Das Rechte erkennen und nicht tun, ist Mangel an Mut.

### Beobachte den Gegner!

Der Grundsatz: Vom Gegner kann man lernen, hat stets seine Berechtigung gehabt. Wir haben mit Gegnern zu tun, die eine größere Zahl nicht zugelaufen, sondern sie haben sich schwer darum bemüht und Mut dabei an den Tag gelegt. Unablässig sind die Indifferenten umworben worden in Wort und Schrift, einzeln auf der Arbeit und in der Wohnung in Massen durch Versammlungen und durch Flugblätter. Und großen Erfolg haben sie gehabt mit ihrer unermüdblichen Arbeit, das kann nicht geleugnet werden. Das ist Grund genug für uns, dem Gegner in seiner Art zu agitieren und zu werben auf die Finger zu sehen, und auch — soweit es natürlich mit unseren Grundsätzen vereinbar ist — von ihm zu lernen.

Von den sozialdemokratischen Gegnern gilt das ganz besonders. Die Sozialdemokraten verbanken ihre Erfolge bei der Masse nicht nur ihrem sprichwörtlichen Schweineglück, sondern auch dem Umstand, daß sie keine günstige Gelegenheit unbenutzt vorüber gehen lassen. Es kann sein was es will, die zukünftigen Genossen saugen aus jeder Blüte Agitationsstoff. Raum sind sie in der Werkstat, kaum ist der Hock ausgezogen und schon geht es los. Auf dem Wege von und zur Arbeit, in der Kneipe, bei Besuchen, im Eisenbahnwagen, überall wird agitiert. In unserer Werkstat kursierte zur Zeit das geflügelte Wort: „Was ein richtiger Genosse ist, agitiert sogar im Schlaf.“

Unsere Kollegen sollten sich deren Methoden merken und sie ebenfalls anwenden und dabei ja nicht vergessen, daß immer der zuerst mahlt, der zuerst in der Mühle ist. Wer zuletzt kommt, geht nicht nur leer aus, sondern den „heißten die Hunde“.

Wie mitunter die zunächstliegenden Dinge von unseren Kollegen übersehen werden, dafür ein Beispiel aus der Praxis, das sich täglich hunderte Male wiederholt. Bemerkte da jüngst ein junger strebsamer und ganz intelligenter Verbandskollege gesprächsweise mir gegenüber, daß in dem Gasthaus, in dem er gewöhnlich zu Mittag ißt, mit einem Male das Organ einer gegnerischen Organisation auflebe. Da fiel ihm auf einmal ein, was er unterlassen hatte, und seit der Zeit besorgt der Kollege unser Verbandsorgan auch dorthin. Das gegnerische Blatt wurde nämlich von den Mitgliedern dieses Verbandes dorthin besorgt. Also erst der Gegner mußte unseren Kollegen aufmerksam machen. An wieviel Stellen mögen die Dinge nicht genau so liegen? Könnten nicht tausende Kollegen ihr Verbandsorgan in den Dienst der Werbearbeit stellen, statt es achlos fortzulegen, nachdem sie es gelesen? Gewiß, und und Erfolg wird auch nicht ausbleiben; man mache nur den Versuch.

Sehr oft ist auch schon darauf hingewiesen worden, daß unsere Leute in der mündlichen Agitation manches Mal versagen. Sie möchten schon ihre Pflicht tun, aber wenn es darauf ankommt, bleibt ihnen das Wort im Halse stecken. Warum wohl? Stichhaltige Gründe können dafür nicht angeführt werden. Höchstens Mangel an Mut und Menschenfurcht ist es, und die muß unter allen Umständen abgelegt werden und das geht, wenn man will. Unsere Sache ist gut, berechtigt und hat den Arbeitern große Erfolge gebracht; kurzum unsere Organisation hält jeden Vergleich aus. Für eine solche Sache zu werben ist nicht nur leicht und schön, sondern auch eine Freude. Darum Kollegen: Heraus aus der Reserve! Auf zur Tat! Lernet vom Gegner und laßt Euch von ihm nicht übertölpeln und an Mut übertreffen.

Und dann noch eins, etwas ganz wichtiges, was wir vom Gegner lernen können. Die agitatorische Ausnutzung einer Situation durch die Presse und durch Flugblätter. Gewiß, nicht jedes Verbandsmitglied kann Zeitungsnotizen und Flugblätter schreiben. Aber Material dazu liefern kann doch jeder. Kein Wortkammer sollte unausgenutzt

bleiben, wie findig und produktiv die Genossen auf diesem Gebiete sind, muß dafür der Beweis im einzelnen angetreten werden? Ich glaube nicht, ein Blick in die rote Presse genügt als Beweis bis zum Ueberdruß.

Flugblätter verteilen kann auch jeder Kollege. Mir will scheinen, daß die Christlichen Gewerkschaften gerade in der Flugblattverteilung von der Sozialdemokratie noch manches lernen können. Mit welcher Beharrlichkeit werden von den Genossen nicht alljährlich die roten Volkskalender landauf, landab, ins entlegenste Dorf, in die entlegenste Waldhütte geschleppt. Zu Fuß, per Rad allein und in Gemeinschaft, Männlein und Weiblein ziehen Sonntags los und verteilen die roten Flugblätter.

Wie es gemacht wird, dafür statt einer langen Abhandlung ein Beispiel aus der Praxis. In meiner direkten Nachbarschaft — ich wohne in einem industriellen Vorort einer westdeutschen Großstadt — wohnt ein kinderloses Ehepaar. Beide stehen in der Mitte der Dreißiger, beide sind waschechte Sozialdemokraten und beide fahren Rad. Sonntagsmorgens geht es los. Mir war zwar aufgefallen, daß beim Fortfahren am Rad des Mannes immer ein ziemlich dickes Bündel hing, kamen sie heim, war das Paket verschwunden. Proviand konnte es nicht sein. Ich mußte wissen, ob ich Recht hatte, denn ich vermutete Flugblätter in dem Paket. Eines guten Tages fuhr ich hinter ihnen her und meine Vermutung war bestätigt. Knapp eine Wegstunde entfernt liegt die Kolonie eines industriellen Werkes, in der ich nachher beide recht emsig bei der Flugblattverteilung traf. Ich machte unsere Zahlstellenleitung darauf aufmerksam.

Einige wackere Kollegen nahmen sich den Fingerzeig zu Herzen. Verschiedentlich wurden Flugblätter verteilt; man lernte dabei in einzelnen Häusern die Spreu vom Weizen sammeln und konnte so den Hohen für die nachfolgende Hausagitation sondieren. Ob man freundlich oder unfreundlich empfangen wird, das verschlägt nichts. Denn nicht um der schönen Augen willen tut man das, sondern der Sache wegen und für die erträgt der wirkliche Gewerkschaftler mehr wie ein mürrisches Gesicht. Geht es den Sozialdemokraten nicht gerade so? Und doch lassen sie nicht nach! In der genannten Kolonie, die seit Jahr und Tag als Hochburg des Indifferentismus und des Alkohols galt, besteht jetzt eine schöne Gruppe unseres Verbandes, die zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Also Kollegen: Lernen wir vom Gegner, zeigen wir Mut und vor allen Dingen: die Menschenfurcht abgelegt. Der unermüdblichen Werbearbeit verbanke der Gegner seine Erfolge. Das können wir auch, wenn wir nur wollen. Seine Pflicht hat man noch nicht erfüllt, wenn man Mitglied ist und Beitrag zahlt, rein lebendig mitarbeiten, werben und agitieren, das ist getreue Pflichterfüllung.

Wollen wir vorankommen, dann müssen wir Mut und Ausdauer an den Tag legen und unsere Parole muß lauten:

**Immer feste drauf!**

Dann wird der Indifferentismus bezwungen und der Weg frei zu erfolgreicher Ständesarbeit. Und auf der ganzen Linie werden die Erfolge nicht ausbleiben, wenn jedes Verbandsmitglied und jede Ortsgruppe pflichtgetreu arbeitet, den Gegner beobachtet und sich nicht von ihm übertölpeln läßt.

### Ein amerikanischer Bischof über die Gewerkschaftsfrage

Auf dem letzten Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften, der sogenannten American Federation of Labor, die ungefähr zwei Millionen organisierte Arbeiter umfassen, sprach der Bischof John B. Carroll aus Helena Montana, über die Gewerkschaftsfrage. Es war eine zeitgemäße und hochbeachtete Rede, voll tiefen Verständnisses für die Notwendigkeit und die segensreiche Tätigkeit der Arbeiterbewegung. Die Rede des Herrn Bischofs verdient in Deutschland alle Beachtung, da man gerade hier von gewissen Seiten mit Hochdruck arbeitet, um die kirchliche Autorität mit allen Mitteln gegen die Gewerkschaften auszuspielen. Die Ansprache war ein vernichtender Richterspruch über alle jene, die in der Gewerkschaftsbewegung ein Uebel, wenn auch ein notwendiges Uebel sehen und der Bischof sagte scharf aber treffend an einer Stelle, er könne denen keine Sympathie entgegenbringen, die immer an den Gewerkschaften herumzukritisieren hätten. Die organisierte Arbeiterschaft sei nicht nach Ausnahmefällen, sondern als Ganzes zu beurteilen und so betrachtet, seien

ihre Ziele und Absichten lobenswert. Herausgewachsen aus den Bedrängnissen, in welche die Arbeiter durch die kapitalistische Entwicklung gerieten, hätte die Arbeiterschaft ihrer Bewegung Motive zugrunde gelegt, welche ihren Siegeszug unaufhaltsam fördern würden. Die Achtung vor dem Arbeiter als Menschen, die Achtung vor der Kindheit, vor der Würde der Frau, vor der Familie, das sei die edle Parole, die die organisierte Arbeiterschaft auf ihre Fahne geschrieben und unter deren Zeichen sie vorwärts eile. Die volkswirtschaftliche Gefährdung der einzelnen Länder zeuge von dem sozialen Fortschritt, zu dem das Gewerkschaftswesen wesentlich beigetragen habe.

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen des Bischofs, in denen er sich für die Einheit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ausspricht. Sie lauten:

„Ich spreche hier über diese Frage nicht, weil ich es vorher beabsichtigte, sondern weil meine Aufmerksamkeit erregt wurde durch den Bericht des internationalen Sekretärs, der gestern morgen durch Georg W. Perkins, den Delegierten jenes Kongresses, hier verlesen wurde. In Bezug auf die Verhältnisse in Deutschland sagt er: „Ohne in irgendeiner Weise die Doppelorganisationen der sogenannten christlichen Gewerkschaften zu erörtern oder sie zu bekräftigen, sei gesagt: die Tatsache, daß die (freien) Gewerkschaften in einem gewissen Umfange dem Sozialismus ausgetrieben waren und noch sind und gegen die Kirche Stellung nehmen, gibt jenen Sondergewerkschaften und Gewerkschaftlern eine gewisse Rechtfertigung, sich in dieser Weise zu organisieren.“

Diesem Berichte gemäß haben wir also in Deutschland urprüngliche Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, katholische Gewerkschaften (Fachabteilungen. D. Red.). Ich hoffe, der Tag kommt nie, da es nötig sein wird, so die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten in der Organisation zu trennen. Es wird eine sowohl unamerikanisch als auch antireligiös sein, das zu versuchen. Unser Staatswesen ist auf dem Grundbaufuß gebaut worden, daß alle Menschen gleich geschaffen sind und ein Recht an Leben, Freiheit und Streben nach Glück haben. Dieser Kongreß soll weder eine religiöse Fellegerung vornehmen, noch die freie Religionsübung hindern. Der Geist unserer Staatsverfassung gibt allen Religionsbekenntnissen volle Freiheit. Amerika ist religiös und wünscht, daß religiöse Grundsätze die Geister und Herzen unseres Volkes durchdringen. Warum also sollte innerhalb unserer Gewerkschaften etwas geschehen, was nach religiöser Richtung hin Trennung erzeugen würde? So etwas ist nicht amerikanisch und sollte die Beurteilung der American Federation of Labor finden.

Wir wollen hoffen, daß das Uebel, das Herr Perkins beklagt, auf dem nächsten internationalen Kongreß abgestellt wird, soweit es in den Kräften der amerikanischen Federation of Labor steht. (Anschließend hat der Bischof für den Ausschluß der christl. Gewerkschaften von den internationalen Gewerkschaften im Auge). Es sollte amerikanische Unparteilichkeit herrschen. Die Vertreter aller dieser Organisationen können nach den Grundsätzen unseres Staatswesens und der Unparteilichkeit tatsächlich Mitglieder einer jeden unserer Organisationen in den Vereinigten Staaten Amerikas werden. Kein Einbruch sollte gegen sie aus religiösen oder irgendwelchen anderen Gründen erhoben werden, und ich erwarte von der American Federation of Labor diese Unparteilichkeit auf alle Arbeiter ausgebeht zu sehen, die an der gemeinsamen Menschheitsfrage zusammenzuarbeiten verpflichtet sind.“

Dieses freimütige und klare Bekenntnis eines Bischofs verdient alle Anerkennung und muß für uns ein neuer Ansporn zu fleißiger, gewerkschaftlicher Betätigung sein. Für die Laien und Gleichgültigen unter den christlichen Arbeitern aber ist die Rede eine Warnungstafel, endlich die Forderungen der Zeit zu verstehen und nicht länger abseits zu bleiben. Die Ausführungen des Bischofs sind zugleich ein zwingender Beweis dafür, daß von christlicher Seite eine Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung weder gewünscht noch gefördert wird, wie es die Sozialdemokraten immer fälschlich darstellen. Das Gegenteil ist wahr; die christlichen Gewerkschaften halten sich streng im Rahmen ihres wirtschaftlichen Programms und sind Feinde jeder parteipolitischen und antireligiösen Betätigung. Die Sozialdemokraten suchen ihre parteipolitischen Tendenzen ebenso in die amerikanische Arbeiterschaft hineinzutragen, wie sie es in Deutschland getan haben und dadurch die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung freventlich zerstörten. Ihrem Streben ist in Amerika vorläufig ein Niegel vorgeschoben. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands ist die Rede des Herrn Bischofs und die Stellung des amerikanischen Kongresses erichtlich unbequem. Deswegen geht man einfach mit einem Saltomortale darüber hinweg. Alles was das „Korrespondenzblatt“ der roten Generalkommission (Nr. 2/1914) darüber berichtet, ist folgende nichtsagende Wendung: „Am Nachmittag folgten noch Ansprachen... von drei Geistlichen.“ Das ist alles. Bei uns in Deutschland gilt es, noch mehr, als es bisher geschehen ist, aufklärend über die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu wirken und immer größere Massen um unsere Fahne zu scharren, damit das arbeiterschädigende Verhalten der Sozialdemokratie allseitig anerkannt wird.

## Aus der Nagerer Nadelindustrie

Noch im Anfange des vorigen Jahrhunderts wurden die Nadeln vornehmlich in der Hausindustrie hergestellt. Das ist im Laufe der Zeit wesentlich anders geworden. Die Hausarbeit wurde durch die Fabrik verdrängt. Heute ist die Nadelherstellung, begünstigt durch viele Spezialmaschinen, zur Massenfabrikation geworden. Die Maschinen ebneten nicht nur den Weg zur Massenfabrikation, sondern verdrängten die frühere Handarbeit zu einem wesentlichen Teil.

In Deutschland werden jährlich 12 Milliarden Nadeln produziert, davon die Hälfte in Nagen. Im auswärtigen Handel Deutschlands spielen die Erzeugnisse der Nadelindustrie keine unwesentliche Rolle. Die Ausfuhr überwiegt die Einfuhr ganz bedeutend. Der Hauptabnehmer für Nadeln ist China; 1912 wurden nach dort 5350 Doppelzentner im Werte von 1900 000 Mark ausgeführt. Maschinennadeln wurden exportiert im Jahre 1912:

Vereinigten Staaten 240 Dz. im Werte von 849 000 Mark.			
Großbritannien 200 Dz. im Werte von 590 000 Mark.			
Frankreich 150 Dz. im Werte von 650 000 Mark.			
Die Ein- und Ausfuhr Deutschlands an Näh- und Maschinennadeln gestaltete sich in den letzten fünf Jahren folgendermaßen:			

### Ein- und Ausfuhr von Nähadeln.

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge	Werte	Menge	Werte
1908	52 Doppelztr.	42 000 Mk.	7 600 Doppelztr.	4 180 000 Mk.
1909	52	42 000	14 387	5 755 000
1910	58	45 000	15 383	6 153 000
1911	39	31 000	14 738	6 465 000
1912	45	36 000	13 871	5 913 000

### Ein- und Ausfuhr von Maschinennadeln.

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge	Werte	Menge	Werte
1908	72 Doppelztr.	360 000 Mk.	1 493 Doppelztr.	8 958 000 Mk.
1909	69	345 000	1 380	8 280 000
1910	88	361 000	1 399	7 145 000
1911	81	284 000	1 166	3 737 000
1912	112	392 000	1 487	4 604 000

Unter Maschinennadeln sind Näh-, Strick-, Stick- und Wirtshausnadeln verstanden.

Die Hälfte der in Deutschland produzierten Nadeln, etwa sechs Milliarden Stück, werden in Nagen produziert. Zwanzig Betriebe beschäftigen daran etwa 6000 Personen. Zur Hälfte sind es erwachsene männliche und zur Hälfte Arbeiterinnen und Jugendliche.

In der Nadelindustrie werden gelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter beschäftigt. Die gelernte Arbeit bedingt eine gründliche Ausbildung. Nach der Ausbildung besteht die Arbeit, die nötigen Kenntnisse vorausgesetzt, zum großen Teil darin, bei guter Arbeit möglichst viele Ware zu liefern. Die Herstellung der Nadeln ist ja Massenproduktion im vollen Sinne des Wortes. Dafür einige Beispiele: Der Schleifer erhält pro 1000 Nadeln zu schleifen,  $1\frac{1}{2}$ —2 Pfg., der Stampfer, die Stecherin u. a. m. erhalten den gleichen Satz. Wohl in keinem Berufe ist die Arbeit so spezialisiert, wie in der Nadelindustrie. Wenn ein Laie so eine Nadel zur Hand nimmt, so sollte er nicht meinen, daß zu ihrer Herstellung etwa 25 verschiedene Arbeiten erforderlich wären. Die sich täglich tausendmal wiederholende Tätigkeit wirkt äußerst anspannend, die Nerven werden auf die Dauer zerrüttet und das Urteil der Ärzte geht im allgemeinen dahin, daß alle Nadelarbeiter nervenkrank sind. Die Schleifer- und Feilarbeiter ist durch den sich ablosenden Schleiflauf im höchsten Grade gesundheitsgefährlich. Durch mangelhafte Ventilation wird der Krankheitserregung Vorschub geleistet.

Aufgabe dieses Artikels soll es nicht sein, auf die Zustände in der Koharbeit hinzuweisen. Auf die Mängel in den verschiedenen Sparten einzugehen, wird sich noch Gelegenheit finden. Für heute sei einmal die Rede von der Blankarbeit, speziell von den Briefleinlegern. Diese Arbeit wäre an sich eine leichte zu nennen, wenn sie bei entsprechenden Akkordlöhnen in normaler Weise ausgeführt werden könnte. Jetzt aber sieht der Arbeiter den ganzen Tag ununterbrochen an seinem Arbeitsplatz, gewöhnlich mit gebeugtem Rücken, die Augen fortwährend auf die Arbeit gerichtet, immer und immer in fleißiger Tätigkeit. Und dann dies ewige Einerlei, immer dieselbe Handbewegung, dieselben Griffe tausendmal sich täglich wiederholend, so wird eine an sich leichte Tätigkeit zur schweren, anstrengenden Arbeit.

Die Briefleinleger sind, was die Lohnfrage anbetrifft, die schlechtestgestellten Arbeiter der ganzen Nadelindustrie. Hier werden die Löhne ausbezahlt, die für die heutige Zeit gar nicht mehr ausreichen. Löhne von 18—20 Mk. pro Woche sind durchweg an der Tagesordnung. Um diesen Lohn zu verdienen, wird in der Pause durchgearbeitet und viele Arbeiter nehmen sich noch Arbeit mit nach Hause, um für den kommenden Tag voranzuarbeiten. Eine solche Entlohnung ist nicht nur unauskömmlich, sondern unseren heutigen Zeitverhältnissen nicht entsprechend. Das gilt aber nur für Zeiten mit gutem Geschäftsgang. Bekanntlich wird aber gerade die Nadelindustrie von vielen und schweren Krisen heimgesucht. Wer dann nicht zu den Ueberzahligen gehört, kann sich mit drei bis vier Arbeitstagen begnügen, dementsprechend sinken die Löhne. Und es sind Fälle zu verzeichnen, wo Familien mit einer Anzahl Kinder monatlang mit 12 bis 13 Mark pro Woche entlohnt wurden. Die Krisen sind dann von den Nadelarbeitern so gefürchtet, diese scheinen mehrere Nadelfabrikanten in letzter Zeit für ihre Zwecke auszunutzen. Mit dem Fortschreiten der Arbeiter nicht zu niedrigem Akkordlöhnen arbeiten wollten, können man die und die Bestellung nicht annehmen, und es müßte eventuell wieder gefeiert werden, versucht man die Löhne weiter zu reduzieren. In der einen Hand Feiertagslöhne, in der anderen Hand Lohnkürzungen, so sucht man die Arbeiter gefügig zu machen. Dieser Vorgehen hat sich bis heute schon in drei Fabriken abgepielt. Es scheint also Sympien in der Sache zu liegen.

Wenn die Nadelproduktion unter den heutigen Verhältnissen wirklich so unrentabel geworden sein sollte, dann soll man von den Konsumenten höhere Preise verlangen. Gerade in der Nadelindustrie wäre bei der geringen Zahl der in Betracht kommenden Fabrikanen ein geschlossenes Vorgehen sehr wohl möglich. Wenn dann in Zukunft für 25 Stück Nadeln, mit denen jede Familie ein Jahr auskommt, statt wie bis jetzt 4 Pfg., 6 Pfg. bezahlt würden, so wird daran sicherlich die Welt nicht zugrunde gehen. Fast scheint es aber, daß der Zusammenhang sich erlosche, um gemeinsam einen Druck nach unten auszuüben.

Nadler Nagen! Wohin soll es führen, wenn ihr recht in Gleichgültigkeit verharret. Gewiß gibt es auch unter euch welche, auf die vorgenannte Aufgabe nicht so stark zurückzuführen.

Immer ist es Christen- und Menschenpflicht gewesen, daß der Stärkere den Schwächeren hilft zur Seite stehe. Darum alle selbstthätigen Gedanken beiseite geschoben, das Auge aufs Ganze gerichtet und sich zusammengeschlossen im christlichen Metallarbeiterverbande, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, auch für die Nadler Nagen bessere Verhältnisse zu schaffen. Manch einer, der glaubt, den Wochenbeitrag sparen zu können, hat sich Abzüge gefallen lassen müssen, die den Beitrag fünf- bis zehnmal überwiegen. Viele haben die Notwendigkeit der Organisation längst erkannt und sich angeschlossen; doch ihre Arbeit und die Arbeit des Verbandes ist gehemmt durch die Unorganisierten, die wie ein Bleigewicht den Fortschritt aufhalten. Mögen die geschäftlichen Vorgänge auch dem letzten Nadler die Augen öffnen, und ihn dort hinweisen, wo er hingehört: In den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

Geeint in der Organisation ist viel zu erreißen. Darum, Nadlarbeiter und Nadelarbeiterinnen, auf zur Tat! Vereinter Lat gelangt, Was einer nicht zustande bringt!

X. Y. Z.

## Der gemischte Betrieb in der Licht- und Kraftversorgung

Unter gemischten Betrieben verstehen wir im allgemeinen solche, die mehrere an sich verschiedene Produktionsprozesse in sich vereinen. Wenn sich ein Hochofenwerk eine Kohlengrube oder ein Hochofenwerk ein Walzwerk beilegt, so entsteht der gemischte Betrieb. Aber nicht die Verknüpfung der Industrie, zu welcher der gemischte Betrieb die eigentliche Unternehmensform ist, soll hier behandelt werden, sondern eine Mischung der öffentlichen mit der Privatunternehmung. Diese Art des gemischten Betriebes, die sich durch die Verschiedenheit der unternehmenden Personen charakterisiert, hat gerade in der letzten Zeit eine weitere Ausdehnung genommen. Im Verkehrswesen sowohl als in der Elektrizitätsindustrie gewinnt diese Art des gemischten Betriebes an Raum. Ihr Wesen besteht darin: Staat, Provinz oder Gemeinde oder eine andere öffentlich-rechtliche Körperschaft gründet mit einem Privatunternehmen eine Aktiengesellschaft. In die Aktien teilen sich beide, oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft übernimmt Aktien von einer bereits bestehenden Aktiengesellschaft. Ein dritter Fall ist denkbar: Eine Stadt, die bisher im Alleinbesitz einer Unternehmung war, sie als städtische Unternehmung betreibt, wandelt sie in eine Aktiengesellschaft um und gibt einen Teil der Aktien an Private ab. Der Betrieb selbst wird nunmehr privatkapitalistisch geleitet.

Man hat es lange als einen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt betrachtet, daß die Städte oder andere entsprechende Körperschaften die Betriebe in eigenem Besitz und eigene Verwaltung nahmen, an denen die Offenheit ihrer Zweckbestimmung nach ein weitgehendes Interesse hat. Es waren und das sind vor allem Unternehmungen, die dem Verkehr zu dienen bestimmt sind. Straßen- und Vorortbahnen sind vor allem auch die Betriebe, die einen weiteren Umkreis mit Licht, Kraft und Wärme versehen sollen — die Gas- und Elektrizitätswerke. Als öffentliche Unternehmungen eigneten sich diese Industriezweige ganz besonders, weil eine Konkurrenz mehrerer auf diesem Gebiete Verschwendung wirtschaftlicher Kräfte darstellt, weil des ferneren diese Unternehmungen in privatkapitalistischem Interesse betrieben, nicht die Gewähr bieten, daß sie ihrer großen, allgemein volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend geführt werden. Die Privatunternehmung wird lediglich unter dem Gesichtspunkt der höchstmöglichen Rentabilität betrieben. Gerade bei den Verkehrsmitteln müssen aber ebenso, wie bei Kraft- und Lichterzeugung noch andere volkswirtschaftliche und soziale Momente in Berücksichtigung gezogen werden, wenn anders sie ihre Aufgaben richtig erfüllen sollen. Man hat es mit Recht als einen ungesunden Zustand angesehen, daß z. B. eine Stadt so gut wie gar keinen Einfluß auf den Ausbau der Verkehrsmittel hatte. Die Folge davon war eine sehr lebhafteste Kommunalisierungspolitik der Städte. Diese Kommunalisierungspolitik hat nun zum Teil durch den gemischten Betrieb eine Einschränkung, zum Teil aber auch eine Ausdehnung erfahren; eine Einschränkung da, wo Städte u. ihre eigenen Unternehmungen entweder ganz aufgehoben oder sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt haben, deren Leitung in privaten Händen liegt, deren Aktien bis über zum Teil in Händen der Stadt, zum Teil in solchen Privater ist.

Welche Ursachen wiraten nun, um eine Einschränkung der öffentlichen Unternehmung herbeizuführen? Zunächst auf dem Gebiete des Verkehrswezens. Es ist nicht zu leugnen, daß manche Städte mit ihren Straßenbahnen nicht die günstigen Erfahrungen gemacht haben. Wenn die „Elektrischen“ eine Verzinsung abwerfen, so war sie doch vielfach ungenügend. Bei der Erweiterung des Aufgabenspektrums der Städte, mußte eine wirtschaftliche Straßenbahn noch doppelt schwer belasten. Allerdings muß betont werden, daß die Städte vielfach selbst die Schuld tragen an den schlechten Ergebnissen. Die Linien wurden überhaupt gebaut, oft auch dann, wo ein Bedürfnis zu nicht existiert. Die Unrentabilität einer Linie darf allerdings nicht ausschlaggebend sein. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Bahnen um so rentabler werden, je weiter sie sich von der Stadt entfernen. Wenn allein der Gesichtspunkt des höchsten Ertrages maßgebend sei, dürften diese Linien eben einfach nicht gebaut werden, obgleich sie vielleicht in sozialer Hinsicht dringendes Erfordernis sind. Gerade die enge Verbindung der Vorstädte mit der Mutterstadt, die sie eingemeindet hat, ist oft eine Existenzfrage nicht nur für viele Gewerbetreibende, sondern auch für die Arbeiter, die ihre Arbeitsstätten in der Stadt haben. Uebrigens kann auch eine Unterbindung solcher Linien durch die wachsende Stetigkeit der Demoskaten, welche diese Bahnen Existenzbedingung sind, wieder etwas ausgeglichen werden. Das ist der große Vorzug der öffentlichen Unternehmung, daß sie nicht von einseitig privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen muß.

Der Verwaltungsausschuß der Städte wird immer größer. Das Deamenther wächst von Jahr zu Jahr. Der Wunsch, einen Teil davon abzugeben, ist daher begründet. Mit der Einführung des gemischten Betriebes versucht nämlich die Stadt auf die Leitung und überträgt sie dem Privatkapital. Der antizipierte Gedanke mag dabei immerhin eine Rolle spielen. So lange die Stadt das Unternehmen lenkt, ist sie gewonnen — die Vertreter der Bürgerchaft, die Stadtparlamente sorgen dafür — ihre Angehörigen nicht nur anständig zu bezahlen, sondern auch erhebliche Zuschüsse für Aufgehälter, Witwen- und Waisengelder zu machen. Der von Beauftragten der Aktiengesellschaften geleiteter Betrieb wird gerade in dieser Beziehung billiger arbeiten. Vielleicht läßt er die bereits Angestellten zu den alten Bedingungen da, die neuen aber werden zu weit schlechteren eingestellt. Rekrutierung, Frauen- und Beizerverfahren sollen wohl

in den meisten Fällen weg, auch die Entlohnung wird in den meisten Fällen niedriger werden.

Der Geldbedarf der Städte ist ein sehr großer. Um ihn zu decken, sind sie vielfach genötigt, den Anleiherweg zu beschreiten. Gerade beim Ausbau der Verkehrsmittel wird dieser Weg sehr häufig beschritten, da es sich ja um den Bau werbender Anlagen handelt. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist nun zur Geldbeschaffung außerordentlich ungünstig. Stehen schon die Anleihepapiere der Staaten und Provinzen auf einem sehr tiefen Stand, so noch mehr die der Städte. Nur unter schweren Opfern wird es möglich sein, überhaupt Geld zu bekommen. Die vermittelnden Banken verlangen hohe Provisionen, der Kurs, zu dem die Papiere auszugeben werden müssen, ist niedrig und der Zinsfuß infolgedessen sehr hoch. Es ist durchaus begreiflich, wenn die Städte die Sorge der Geldbeschaffung von sich abwägen möchten, von sich auf die Aktiengesellschaft, welche die Unternehmung übernimmt. Fragt sich nur, ob diese Verdrossenheit der Stadt nicht noch weitere, höhere Lasten — wenigstens prozentual — aufzulegt.

Wenn die bisher öffentliche Unternehmung in die Form einer Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll, wirft die Stadt ihren bisherigen Besitz als Kapital ein. Dafür erhält sie natürlich eine Anzahl Aktien. Um sich in der neuen Gesellschaft einen maßgebenden Einfluß zu sichern, wird sie bestrebt sein, die Mehrheit der Aktien sich zu sichern. Man könnte nun glauben, daß damit der bisherige Geist, der in der Unternehmung geherrscht hat, der gleiche bleibe. Daß dem aber nicht so sein kann, ergibt sich schon aus den Beweggründen, welche die Stadt veranlaßt haben, auf ihr ausschließliches Eigentumsrecht zu verzichten, ergibt sich aber auch aus der ganzen Struktur des Betriebes, in dem ja trotz der städtischen Aktienmehrheit, die Leitung nicht mehr von der Stadt geschieht. Auch wenn die Stadt den besten Willen hat, ihren Einfluß dahin auszuüben, den sozialen und volkswirtschaftlichen Gedanken zu wahren — die vorhandene geschäftliche Ueberlegenheit der leitenden Personen wird den guten Willen kaum in die Tat sich umsetzen lassen. Wenn auch die Stadt im Aufsichtsrat die Mehrheit hat, die Geschäftsführung wird sich nie so übermaßen lassen, daß sie im wesentlichen nicht machen kann was sie will, zumal wenn sie es versteht, dem Stadtsäckel am Schlusse des Geschäftsjahres eine ansehnliche Dividende zu überweisen. Wenn nicht bestimmte volkswirtschaftliche Erfordernisse den gemischten Betrieb in kategorischer Form fordern, halte ich einen Uebergang dazu für unverantwortlich, immer unter der Voraussetzung, daß die Stadt bisher im Alleinbesitz der Unternehmung war.

In Rheinland-Westfalen sind nun diese wirtschaftlichen Erfordernisse zum Teil gegeben. Zwar nicht im Verkehrswesen, aber in Licht- und Wärmebeschaffung. Die moderne Technik hat es verstanden, die aus den Hoch- und Kokereien gewonnenen Gase weiter zu verwerten, teils durch Umwandlung in Kraft, teils durch Benutzung zu Beleuchtungs- und Wärmezwecken. Das gewonnene Gas wird von dem industriellen Werk, durch entsprechende Einrichtungen hunderte von Kilometern weit geleitet und gepreßt. Einzelne Städte erhalten es und speichern es in den einzelnen Gasbehältern auf bis zur Benutzung. Die eigenen Gaswerke haben diese Städte stillgelegt und benutzen sie nur noch als Reserveanlage, die etwa den Restbedarf noch aufbringt oder bei Störungen des regelmäßigen Gasbezugs in Betrieb gesetzt wird. Der Vorteil für die Städte liegt unter diesen Verhältnissen darin, daß sie das Gas zu viel billigeren Preisen bekommen, als wenn sie es selbst erzeugten. Ob in diesem Falle ein gemischter Betrieb gebildet werden kann durch Beteiligung der Stadt oder ob sie sich ganz dem guten Willen des industriellen Werkes ausliefern soll — das zu entscheiden ist natürlich nicht schwer. In Süddeutschland, wo die Industrialisierung ja noch nicht so weit vorgeschritten ist, haben die Städte noch durchweg an der Gasbeschaffung festgehalten. Zwar ist an Heidelberg bereits das Angebot herangezogen, das nötige Gas von der in Rheinau bei Mannheim errichteten Kokerei zu beziehen und vom Bau eines größeren Gaswerkes abgesehen. Heidelberg hat aber abgelehnt.

Die Unternehmungsform (kann aber im Gegensatz zu der hier geschilderten Entwicklung) des gemischten Betriebes auch zu einer Einflusnahme öffentlich-rechtlicher Korporationen auf Gebiete führen, die ihr bisher entzogen waren. Nach viele städtische Straßenbahnen sind heute im Privatbesitz. Sie ganz zu erwerben wäre nur unter sehr schweren Opfern möglich. Da bildet der gemischte Betrieb nun unzweifelhaft einen günstigen Weg, um wenigstens in etwa den öffentlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Um ein Beispiel anzuführen: In Strassburg ist die elektrische Straßenbahn im Besitz einer Aktiengesellschaft gewesen. Der dortige Oberbürgermeister kaufte nun in aller Stille die Mehrheit der Aktien, mindestens 51 Proz., auf. Mag nun auch die Leitung des Betriebes die gleiche geblieben sein, — der durch den Aktienbesitz der Stadt bedingte Einfluß wird sich doch geltend machen können. In einem derartigen Falle ist natürlich der gemischte Betrieb dem Privatmonopol vorzuziehen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß eine Stadt auf die Ausdehnung der Straßenbahn, Tarifpolitik usw. keinen Einfluß haben soll. Selbstverständlich beschränkt sich der gemischte Betrieb nicht nur auf die Teilnahme der Städte, gerade im Rheinland gibt es elektrische Vorortbahnen, an denen auch die Provinz beteiligt ist. Und auch einzelne Bundesstaaten haben durch diese Unternehmungsform sich auf Gebieten einen Einfluß zu schaffen gewußt, auf die sie bisher nur indirekt einwirken konnten. Preußen, Baden und Bayern haben es verstanden, durch Aktienerwerb einiger großer Schiffahrtsaktiengesellschaften auch auf die Rheinschiffahrt Einfluß zu erlangen, Bayern außerdem auch auf die Donauschiffahrt.

Die billige Beschaffung der elektrischen Kraft wird für viele Industrien in der Zukunft eine Lebensfrage sein. Es erhebt sich nun die Frage: Soll diese volkswirtschaftlich so bedeutungsvolle Produktion in die Hände einiger weniger gegeben werden, soll das Privatmonopol einiger großer Elektrizitätsgesellschaften noch weiter ausgedehnt werden oder ist es Aufgabe großer Kommunalverbände auf Erzeugung und Verteilung Einfluß zu gewinnen. Es muß betont werden, daß Hugo Stinnes hier eigentlich den Weg gewiesen hat. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das ja vor allem unter dem Einfluß des Genannten steht, bemüht sich bei der Stromverteilung überall die entsprechenden Kommunalverbände herbeizuziehen. Ihre Beteiligung ist insofern von großer Bedeutung, als er deren Kredit zum Ausbau natürlich in weitgehendstem Maße beansprucht. Wo es nicht anders möglich ist, ist diese Lösung auf Grund des gemischten Betriebes sehr günstig. Keulich wurde bekannt, daß auch Unterfranken mit Schuberts-Elektrizitätswerk und Bronn u. Tewel eine Aktiengesellschaft zu bilden gedankte zum Bau einer großen Ueberlandzentrale und zur Verteilung der gewonnenen Energie. Natürlich wird auch hier wieder der öffentliche Kredit in weitgehendstem Maße beansprucht werden. Unterfranken wird aber dafür mit 60 Proz. an der neuen Aktiengesellschaft beteiligt sein, es hat also die überragende Mehrheit, die es wohl im Interesse der Gesamtheit geltend machen kann.

Der gemischte Betrieb ist aber auch hier nicht unter allen Umständen die gegebene Unternehmungsform. Einzelne Staaten sind in letzter Zeit dazu übergegangen, an ihren natürlichen Wasserläufen große Stauwerke zu errichten. Die gewonnene Kraft soll durch eine große Zentrale verwertet werden. Diese soll der Staat unter allen Umständen in seinem Eigenbesitz halten. Nun kommt aber die andere Frage: Wer soll die Verteilung der Kraft übernehmen? Bis zu einzelnen größeren Verteilungsstationen, der Staat, von da an müssen aber andere öffentliche Körperschaften an seine Stelle treten — Provinzen, Kreise, Gemeinden. Es ist durchaus verfehlt, die Verteilung Privaten zu überlassen. Der Staat liefert sich damit vollständig aus. Eher ginge es noch an, auch hier den gemischten Betrieb einzuführen — daß Kommunen mit Privaten eine Aktiengesellschaft bilden, um so wenigstens einigen Einfluß zu bekommen. Die beste Lösung aber wäre, daß die Kreise und Kommunen allein sich in die Aufgabe teilten.

Vor- und Nachteile des gemischten Betriebes ergeben sich eigentlich nach dem Gesagten von selbst. Vielfach hat er die Nachteile des Privatunternehmens, vielfach aber auch durch den möglichen Einfluß der Städte auch die Vorteile des öffentlichen Unternehmens mit den des Privatunternehmens. Größere geistliche Beweglichkeit und Gewandtheit ist in erster Linie dazu zu nehmen. Oft erregt die Frage Unbehagen: Warum strebt das Privatkapital danach, diese Unternehmungsform einzuführen? Die Beantwortung ist eigentlich selbstverständlich: Es will natürlich einen Vorteil davon haben, einen „Profi“ machen. Weltgehende Benutzung des Kredits der Stadt usw. ist selbstverständlich, eine besonders günstige Stellung auf dem Markt durch ein eigentlich obrikerlich sanktioniertes Monopol ist die weitere Folge. Daneben hofft aber das Privatkapital noch auf weitere Vorteile. Die Ueberweisung von Aufträgen wird einfach nicht zu umgehen sein und gerade hier ist weitgehende Vorsicht durch den anderen Teil geboten, denn es kann sehr wohl sein, daß der Private weniger Interesse an der Rentabilität der gemischten Unternehmung hat, als an der Ueberweisung teurer Aufträge. Die Stellung des Arbeiters ist durch seine Stellung zur öffentlichen Unternehmung gegeben. Wo große öffentliche Interessen in Frage kommen, unbedingt für diese. Über wenn solche vorhanden sind und die öffentliche Unternehmung ist nicht rein durchzuführen, dann eher noch einen gemischten Betrieb als ein reines Privatmonopol. Ueberführung einer öffentlichen Unternehmung in eine gemischte ist verfehlt, wenn nicht Gründe vorliegen, wie sie oben dargelegt wurden. Auf keinen Fall dürfen antisoziale Bestrebungen unter dem Deckmantel des gemischten Betriebes gefördert werden.

**Der Kölner Gewerkschaftsprozess**

**Die „Metallarbeiterzeitung“**

mußte bekanntlich in ihrer Nummer 1 von D. S. selber zu geben, daß am Gericht in Köln von den roten Verleumdern nichts bewiesen wurde von christlichem Doppelspiel von Millionenpenden und Substanz. Wir weisen nach in der vorigen Nummer, daß die Metallarbeiterzeitung (ebenfalls zur Ablenkung ihrer Gemeinde) protokollierte Zeugenaussagen in ganz handwühener Weise verdrehte. Die Fälschung reicht anscheinend nicht aus zur Einleitung ihrer Leser. Das Blatt müßt sich in seiner Nummer 2 in zwei Spalten ab, ungefähr das Gegenteil von dem zu schreiben, was am Gericht bewiesen wurde. Da fast alle die Mächchen der roten Tagespresse entnommen und auf den sozialdemokratischen Moral-Grundsaß gestimmt sind: den Gegner darf man verleumden, verlohnt es sich nicht, darauf einzugehen.

Wie vorzüglich sich das Blatt auf das Hegeeinmal eins und auf das Umbiegen der Wahrheit versteht, dafür einen Satz aus seinem giftig-schwefeligen Machwerk; er lautet:

„Nach dem Kölner Prozeß müssen die Gewerkschaften, die nicht nur schweigen, wenn man sie als unter der Fuchtel der Bischöfe stehend bezeichnet, sondern vor allem auch, wenn man sie nennt: parteipolitische Gebilde, Zentrums-gewerkschaften, Schutgruppen des Industriebourgeois, Streikbrecher-verbände, Wahlhelfer des Schlarlachertums.“

Wie elend kakenjämmerlich muß es der Genossenschaft nach dem Kölner Prozeß zu Mute sein, daß sie zu solch erbärmlichen Insinuationen ihre Zuflucht nimmt. Mit aller Deutlichkeit geht daraus hervor: Am Gericht in Köln hat die Sozialdemokratie im Kampf gegen die Christlichen eine Schlacht verloren, wie nie zuvor. Unsere Kollegen aber werden schon dafür sorgen, daß sie nicht um die Früchte des Sieges geprellt werden.

**Das Verhältnis der „Berliner“ zu den Genossen**

Das Organ des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter „Der Bergarbeiter“ schreibt in seiner Nr. 2/1914:

„Es ist Tatsache, daß die Berliner (während der Verhandlung des Kölner Gewerkschaftsprozesses (Red.) mit den Genossen recht freundlich verkehrt haben. Die Herren Domkapitular Dr. Stein, Arier, Nüssgenpräses Dr. Treiß, Arier, und Dr. Kaufmann haben sich während der Verhandlung in Köln zeitweise sehr eifrig und vorzüglich mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hue unterhalten. Mit christlichen Gewerkschaftlern suchten die „Berliner“ Herren keine Unterhaltung, auch nicht mit Herrn Dr. Brauns. Besonders gefallen hat uns der Abgeordnete Hue, der während der Unterhaltung mit den Berliner Geistlichen einmal mit frommem Augenaufschlag feujend zu den geistlichen Herren seiner Umgebung sagte: „Ach, du lieber Gott, wie lange soll das noch dauern?“ Als Herr Dr. Kaufmann nach seiner Vernehmung den Verhandlungssaal verließ, ging er gleich zum Abgeordneten Hue. Beim Abschied drückte er ihm auch recht freundschaftlich die Hand.“

**Weitere Festsstellungen**

Die „Essener Volkszeitung“ (Nr. 352) äußert sich über den Prozeß wie folgt:

„Der Prozeß hat den christlichen Gewerkschaften, insbesondere auch dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter die willkommenen Gelegenheit gegeben, einmal mit fester Hand in das Netz von sorgfältig vorbereiteten Verdächtigungen zu greifen, die seit Jahr und Tag heraufsmäßig zur Hege gegen die christlichen Gewerkschaften, vor allem aber gegen den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter benutzt worden sind. Ein Jahrwecht ist verfloßen, seit das Märchen vom Goldonkel systematisch in der Presse des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes verbreitet wurde und unmittelbar vor den damaligen Anwaltschaftsmästen mit dem 30 000-Mark-Ausstoß seinen skandalösen Abschluß fand. Der Ausgang des Kölner Prozeß-Verfahrens bedeutet für die christlichen Gewerkschaften eine höchwichtige Wehnamtsfreunde. Es ist über jeden Zweifel festgestellt, daß sie in wirtschaftlichen Fragen frei und unabhängig ihre ausbringende christlich-nationale Tätigkeit er-

füllen haben und auch auf Grund der päpstlichen Enzyklika fernerhin zu erfüllen in der Lage sind. Dazu tritt die voraus-gangene erfreuliche Kundgebung des Herrn Erzbischof v. Hartmann. Aus vollem Herzen kann man da zum Weihnachtsfeste den christlichen Gewerkschaften ein frohliches Glück auf zursen.“

Die „Allgemeine Rundschau“ (Nr. 1/1914) schreibt zusammenfassend nach einer eingehenden Würdigung des Prozesses: „... Der Prozeß hat festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften von ihrem Programm nicht um Haarebreite abgewichen sind. Im einzelnen hat der Prozeß die Befestigung folgender Grundsätze zu Tage gefördert:

1. Die christlichen Gewerkschaften sind wirtschaftlich vollständig unabhängig. Bischof Schulte hat das ebenso wie Generalvikar Dr. Kreuzwald zeugeneidlich erhärtet, sodaß der klarsehende, energische Rechtsbeistand der Privatkläger, Rechtsanwalt Dr. Schreiber erklären konnte: „Wir haben den klaren Beweis dafür, daß vor dem Bischof Dr. Schulte in aller Deutlichkeit erklärt worden ist, eine Auslegung, wie sie die Enzyklika in weiten Kreisen erfahren hat, besteht für uns nicht; wir unterwerfen uns nicht. Wir müssen die kirchliche Aufsicht in Fragen wirtschaftlicher und organisatorischer Natur auf das nachdrücklichste ablehnen, und wir gehen in der Erklärung dieser Ansichten bis ans äußerste. In diesem Punkt ist für alle Zeit nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nichts mehr zu ändern.“

Von einschneidender Bedeutung hierfür ist folgender Dialog zwischen dem Vertreter der Angeklagten, dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heine, und dem Generalvikar Dr. Kreuzwald:

„Rechtsanwalt Heine stellt an den Zeugen darauf wiederholt die Frage, ob sich das Aufsichtsrecht der Bischöfe auch auf die Frage der Lohnzahlung, der Dauer und des Charakters des Streiks erstreckt und ob nach der Enzyklika diese Fragen nicht rein wirtschaftlicher Natur sind, sondern in erster Reihe sittlicher und religiöser Natur. Belehrt nach der Enzyklika in all diesen Fragen den christlichen Gewerkschaften gegenüber eine Aufsichtspflicht der Bischöfe, die Pflicht, darüber mit größter Aufmerksamkeit zu wachen? Generalvikar Dr. Kreuzwald: Nein. Rechtsanwalt Heine: Die Beobachtungspflicht besteht nach meiner Meinung generell: Die Pflicht einzugreifen nur dann, wenn ein Unlach vorliegt. Prälat Dr. Kreuzwald: Es besteht keine weitere Beobachtungspflicht der Bischöfe, als wie sie im allgemeinen für die Vorgänge des öffentlichen Lebens gefordert wird. Rechtsanwalt Heine: Nun sagt aber doch die Enzyklika, daß diese Beobachtungspflicht besonders auch für wirtschaftliche Fragen zu beachten ist; sie meist sogar ausdrücklich darauf hin. Generalvikar Dr. Kreuzwald: Nach meiner Auffassung nicht. Rechtsanwalt Dr. Schreiber: Sollte durch die Enzyklika heutzutage der kirchlichen Aufsicht für die christlichen Gewerkschaften ein Ausnahmebefehl geschaffen werden? Generalvikar Prälat Dr. Kreuzwald: Entschieden nein!“

Diese wirtschaftliche Unabhängigkeit besteht ganz naturgemäß auch gegenüber der Industrie. Der Vorwurf, die christlichen Gewerkschaftler hätten finanzielle „Unterstützung“ von der Großindustrie angenommen, ist als Lüge erwiesen; solcher „Vorwürfe“ erfreut sich nur die Sozialdemokratie in Belgien beispielsweise, wo sie die Güternächte Solons genießt.

2. Die christlichen Gewerkschaften sind politisch vollständig unabhängig. Weiterum unter Zeugeneid hat dies insbesondere der hochverehrte Zentrumsführer Justizrat Trimborn festgestellt. Hand in Hand damit geht die erneute Sanktionierung der parteipolitischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften, eine Neutralität, welche nach dem Programm nur der Sozialdemokratie gegenüber ausgeschlossen ist.

3. Die christlichen Gewerkschaften sind nicht von der Kirche abhängig; sie konnten sich also auch gar nicht unterwerfen, wie die Genossen glauben machen wollten. Diese theologische Frage hat wiederum Bischof Dr. Schulte gelöst. Und Generalvikar Dr. Kreuzwald erklärte, daß die christlichen Gewerkschaften in der Enzyklika eigentlich den Sieg davongetragen hätten. Das ist eine Befestigung des Satzes von der reinen Neutralität der christlichen Gewerkschaften — ein landläufiger, wenn auch nicht erschöpfender Satz, — welche den evangelischen Arbeitern die Mitgliedschaft ebenso ermöglicht wie den katholischen Arbeitern.

4. Das Streikrecht der christlichen Gewerkschaften ist ausdrücklich — übrigens nach dem Vorzeichen anderer theologischer Autoritäten — anerkannt worden durch Bischof Dr. Schulte in enakter Unternehmung an die Interpretation des Erbkopats. Also auch hier völlige Unabhängigkeit, wie sie auch beim Ruhrbergarbeiterstreik im Jahre 1912 gewahrt wurde.

5. Diese Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften besteht — es ist unnötig, das zu sagen — auch gegenüber der Regierung.

Diese Sätze erhellen die geradezu historische Bedeutung des Kölner Prozesses. Wenn es richtig ist, daß nur eine nach allen Seiten freie und unabhängige Arbeiterbewegung wirklich vorwärtsführende Wirtschaft und Kulturarbeit leisten kann — und die Richtigkeit dieses Satzes kann von keiner Seite bestritten werden —, dann sind die christlich-nationalen Gewerkschaften eine existenzberechtigte Organisationsform, dann verdienen sie auch bekunngungs- und rückhaltlose Unterstützung. Im Streit der Meinungen handelt es sich hier um eine res iudicata. Springt so die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in die Augen, dann ergibt sich ohne weiteres, daß der Schwerpunkt der künftigen sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung bei den christlichen Gewerkschaften ruht. Das sollte jedem Deutschen die Augen öffnen und vor allem auch jenen zu denken geben, welche über der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften ihre ureigenste Aufgabe vergessen. Auch Friedenshoffnungen sind gerade in der Beziehung an den Kölner Prozeß geknüpft worden. Leider hat die Erfahrung pessimisten er-zogen. Es wird erst dann Frieden werden, wenn die Macht der Satzungen zum Frieden zwingt. Dafür zu sorgen, hat der Kölner Prozeß die Grundlagen und klare Bahn geschaffen. Was weisende Sozialpolitiker in scharfer Erkenntnis der Dinge gerade recht an der Wende des Jubiläumjahres, das so erfreuliche Bekenntnisse zur Sozialpolitik und so manchen Entschluß brachte, in harter Selbsterziehung eine neue Befreiung, eine neue Gesundung herbeizuführen.“

**Allgemeine Rundschau  
Rentabilität und Achtstundentag  
in der Großenindustrie**

Die Londoner Hafengebörde gibt bekannt, daß sie an zwei deutsche Firmen für Erweiterungsbauten am Albertdock Aufträge auf 3 Paar Schleifentore, eine Zugbrücke, eine

Drehbrücke und ein Caiffon für ein Trockendock vergeben hat. Der Auftrag für die Schleifentore ging an die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb. Der Rest ist der Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg zugewiesen worden. Die deutschen Firmen haben die Aufträge im Wettbewerb mit englischen Firmen erhalten, da ihr Angebot fast 26 Proz. unter den niedrigsten Forderungen englischer Werke stand.

Wenn die Gutehoffnungshütte 26 Prozent oder um ein Viertel billiger liefern kann wie die englischen Werke, und trotzdem jährlich, jahraus 20 Proz. Dividende zur Verteilung bringt, kann ist nicht einzusehen, wie sie durch den Achtstundentag für die Feuerarbeiter an den Rand des Abgrundes gebracht werden soll, wie das die Syndizi der Unternehmer der Desjentlichkeit weismachen.

**Harle Rufe für Unorganisierte und Arbeitgeber**

Anlässlich der Debatten über Arbeitslosenversicherung in der bayerischen Abgeordnetenversammlung am 21. Oktober 1913 (Bericht 166, Seite 309), hat der Abgeordnete Hübsch, von der Liberalen Vereinigung, treffende und beachtungswerte Worte ausgesprochen. Er sagte u. a.:

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es eine alte Sache ist, daß von allen allgemeinen Einrichtungen eben der gut organisierte mehr hat als der Nichtorganisierte. Das allein kann uns nicht dazu bringen, von der Arbeitslosenversicherung abzusehen. Es kann uns höchstens die Aufgabe zuteil werden, dafür zu sorgen, daß die nichtorganisierten Arbeiter sich möglichst schnell in neutralen Verbänden organisieren, damit sie eine Arbeitslosenversicherung einrichten können, die sie aus einer ganzen Reihe von unangenehmen Situationen befreien kann. Mir für meine Person hätte es viel besser gefallen, wenn seinerzeit die Industriellen, die so viel für ihre gelben Werksvereine geleistet haben, die Mittel der Allgemeinheit ihrer Arbeiter für eine Organisation der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung gestellt hätten, um wirklich leistungsfähige Klassen zu schaffen. Ich meine, das wäre eine viel bessere Sozialpolitik gewesen, als die, die nachher getrieben wurde.“

Das ist ein guter Denksatz sowohl für die Unorganisierten, als auch für die Arbeitgeber und ihre „teuren“ gelben Pflanzgen. Der Abgeordnete Hübsch hat vollständig recht, wenn er den organisierten Arbeitern die Anerkennung widmet. Wer hat die heutigen Lohnverhältnisse und die bessere Beachtung der Arbeiterklasse erstritten? Es waren die organisierten Arbeiter. Die Gewerkschaften waren es, die den Arbeitern durch ihre rastlose Tätigkeit bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschafften. Es ist auch eine Kulturarbeit, daß der Arbeitsmann in der arbeitslosen Zeit eine Rückendeckung an der Organisation hat. Wiesel Elend und Not ist damit gelindert worden und Millionen Menschen brauchen nicht mehr in solchen traurigen Tagen die Armeupflege in Anspruch zu nehmen. Trotzdem stehen noch tausende von christlichen Metallarbeitern der Organisation teilnahmslos gegenüber. Aber an den Erfolgen der organisierten Arbeiter nehmen sie gern und freudig Anteil. Selbst aber Opfer bringen wollen diese Leute nicht.

Was der Abgeordnete Hübsch den Arbeitgebern zur Beherrigung ins Stammbuch geschrieben hat, ist sehr zutreffend. Alle jene Kreise, die gelbe Werksvereine züchten, treiben keine Sozialpolitik, sondern säen Unfrieden in die Arbeiterchaft und machen aus ihr Almosenempfänger, was ja schließlich der Hauptzweck der gelben Züchtung ist. Die Arbeitgeber glauben damit gute Geschäfte zu machen. Sie wollen sich eine „treue Herde“ sammeln und arbeiten doch nur für die Sozialdemokratie. Das Verhalten der „Blutapfelmis“ bei Wahlen usw. ist bezeichnend dafür. Für die organisierten Arbeiter können die Worte des Abgeordneten Hübsch nur ein weiterer Hinweis sein, gern und freudig an der Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu arbeiten.

**Jugendklub in der Metallindustrie**

Die gesellschaftlichen Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter in der Metallindustrie entsprechen entschieden noch nicht den berechtigten Forderungen der Sozialpolitiker und Jugendfreunde. Zudem läßt die Einhaltung der Bestimmungen oft noch viel zu wünschen übrig. Es gehört mit zu den ersten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation, hier fürdernd einzugreifen. Während unsere Kollegen in den Parlamenten sich im Verein mit einsichtigen Sozialpolitikern um den weiteren Ausbau und die Sicherung der Durchführung der Schutzbestimmungen bemühen, haben die Kollegen auf der Arbeitsstelle ebenfalls wichtige Aufgaben auf diesem Gebiete zu erfüllen. Sie müssen ein wachsames Auge darauf haben, ob die Vorschriften richtig eingehalten werden, wo sich Lücken in der Schutzgesetzgebung zeigen usw. und über ihre Beobachtungen ständig der Verbandsleitung berichten. Um diese Beobachtungen zu erleichtern resp. auch da möglich zu machen, wo die betreffenden Vorchriften den Kollegen nicht zugänglich sind, stellen wir nachstehend die wichtigsten, für die Metallindustrie in Betracht kommenden gesellschaftlichen Schutzbestimmungen für die jugendlichen Arbeiter zusammen.

Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist verboten in folgenden Betrieben:

- 1. Bleihütten. In Räumen, in denen Blei geröstet, gefeuert oder geschmolzen, Werkblei gewonnen und weiterverarbeitet, Reichblei abgetrieben, Schlätte, Menntige oder andere oxydierte Bieverbindingen hergestellt, gemahlen, gestiebt, gelagert oder verpackt werden, oder Zinkstaub abdestilliert wird, in den Flugstaubkammern und Flugstaubkanälen sowie beim Transport des Flugstaubes dürfen Arbeiterinnen und Jugendliche (d. h. unter 16 Jahre alte) nicht beschäftigt werden. (Verordnung vom 16. 6. 1905.)
- 2. Betriebe zur Herstellung von Akkumulatoren. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen soweit sie mit Blei oder Bleiverbindungen in Berührung kommen, ist nicht gestattet. (Bundesratsverordnung vom 5. 5. 08.)
- 3. Zinkhütten. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist verboten bei Behienung der Destillieröfen, Entleeren der Kanäle, Steben und Verpacken der Erzeugnisse. Das Verbot des Abfahrens der Räumische oder der Wäse aus der Feuerung dehnt sich aus auf Arbeiter bis zum 18. Jahre. (Verordnung vom 13. Dez. 1912.)
- 4. Lagerung von Thomaschlacke. In Räumen, wo Schlacke oder Thomaschlacke eingebracht wird, dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren nicht beschäftigt werden; desgleichen nicht beim Klopfen gebrannter Säcke. (Verordnung vom 3. Juli 1909.)

In allen übrigen Betrieben ist die Beschäftigung jugendlicher mit folgenden Einschränkungen für Betriebe mit 10 und mehr beschäftigten Personen gestattet:

Die Arbeitszeit darf höchstens (ausschließlich der Pausen) 10 Stunden täglich betragen.

Die Nacharbeit für Jugendliche ist verboten. Als solche gilt die Beschäftigung in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens.

Die Pausen betragen bei sechsstündiger Arbeitszeit mindestens eine halbe Stunde, bei längerer Arbeitszeit muß die Mittagspause mindestens 1 Stunde betragen.

Ausnahmen sind unter bestimmten Voraussetzungen (Naturereignisse, Unglücksfälle) aber nur mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde (Gewerbeinspektor) zulässig.

Keine Geltung haben die obigen Bestimmungen in kleinen Werkstätten des Handwerks mit Motorbetrieb, jedoch nur, wenn weniger als zehn Personen beschäftigt werden.

Besondere Bestimmungen gelten für sonstige Motorbetriebe mit weniger als 10 beschäftigten Personen, in denen nicht mehr schulpflichtige Kinder im Alter von 13 Jahren nur 10 Stunden beschäftigt werden dürfen.

In Walz- u. Hammerwerken dürfen die jugendlichen Arbeiter auch in Nachtschichten beschäftigt werden.

Die Pausen betragen in Walz- und Hammerwerken bei achtschichtiger Schicht 1 Stunde, sonst 2 Stunden.

Die Ruhepause zwischen zwei Schichten ist bei achtschichtiger Schicht auf 11 Stunden, sonst auf 12 Stunden festgesetzt.

In Sonn- und Festtagen darf die Beschäftigung nicht in die Zeit zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends fallen.

Die Nachtschichten sind auf höchstens 6 in der Woche zu beschränken. Vom 30. September 1914 ab ist die Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde (Regierungspräsidial) dazu notwendig.

Auf die für Lehrlinge in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen werden wir bei späterer Gelegenheit besonders zurückzukommen.

Ein ehrliches Geständnis

Die Broschüre unseres Kollegen Reichstagsabgeordneten Franz Behrens über die Gründung der Deutschen Volksversicherung, die der „Deftentlich-Rechtlichen“ gründlich die Wahrheit sagt, scheint dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Kapp und seinem Anhang stark auf die Nerven gefallen zu sein.

Die politisch nicht organisierten Stände, der erwachsende Mittelstand, ja, auch der nichtorganisierte Arbeiter, jeder einzelne freie Mann soll darin (in der Deftentlich-Rechtlichen) genau so viel gelten, wie irgend eine politische Organisation.

Das ist weitgehendes Ehrlich! Die „Deftentlich-Rechtlichen“ sind nach ihrem eigenen Geständnis „ein Feind des Organisationsgedankens“.

Der Bauarbeiterzuschuß in den christlichen Gewerkschaften

Vor einigen Tagen sind in Köln die Vertreter der am Bauarbeiterzuschuß interessierten christlichen Arbeiterorganisationen zusammengetreten, um über die zu treffenden Maßnahmen zur Organisation des Bauarbeiterzuschusses zu beraten.

errichteten Zentralfstelle für Bauarbeiterzuschuß geführt, die Kollege Butterbrodt leitet.

Es wurde beschlossen, in eine großzügige Agitation für den Bauarbeiterzuschuß einzutreten, zumal die gegenwärtige Lage des Schutzes für Leben und Gesundheit der auf Bauten beschäftigten Arbeiter meist noch sehr trübselig ist.

In der erwähnten Konferenz wurde die Herausgabe einer Broschüre über die gegenwärtige Lage des Bauarbeiterzuschusses beschlossen. In dieser Broschüre soll die Entwicklung und der Stand des Bauarbeiterzuschusses beleuchtet werden.

Die im Baugewerbe tätigen, in den christlichen Verbänden organisierten Arbeiter werden aufgefordert, an die Bearbeitung der mit dem Bauarbeiterzuschuß zusammenhängenden Fragen energisch heranzutreten.

Bestrafungen wegen Vergehen gegen den Arbeiterzuschuß

Seit Jahr und Tag wird in der Deftentlichkeit lebhaftest Klage darüber geführt, daß die Vergehen gegen den Arbeiterzuschuß zu milde bestraft würden.

Beiträge zu gelben Werkvereinen dürfen nicht vom Lohn abgezogen werden

Vom Gewerbegericht in Chemnitz ist kürzlich ein Urteil gefällt worden, das den Abzug der Beiträge zu einem Werkverein vom Lohn glattweg für unstatthaft erklärt.

Demgegenüber machte der Kläger geltend, es sei ihm, als er um Arbeit nachtrage, gesagt worden, daß solche für ihn nur vorhanden sei, wenn er dem gelben Verein beitrete.

Das Gericht erklärte den Abzug der Beiträge für die gelben Werkvereine vom verdienten Lohn für unzulässig.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Jan. der vierte Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. Jan. bis 24. Januar fällig.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Eduard Stödel, Nr. 180 320 ist verloren gegangen und wird hierdurch für ungültig erklärt.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Martin Keller, Nr. 180 826 ist verloren gegangen und wird hierdurch für ungültig erklärt.

Die Abrechnung

vom 4. Vierteljahr 1913 muß spätestens bis Ende Januar von sämtlichen Verwaltungsstellen eingesandt werden.

Aus Wirtschaft und Technik

Deutsche Maschinen für die englische und französische Kriegsmarine

In England ist man dazu übergegangen, sowohl für die Torpedobootzerstörer als auch für die Großkampfschiffe die ausschließliche Delfeuerung einzuführen.

Da auch in Frankreich deutsche Maschinen für die Unterseeboote zur Verwendung gelangen, so kann man die bemerkenswerten Tatsache feststellen, daß die deutsche Industrie ihren Siegeszug sogar bei zwei Völkern angetreten hat.

Von den Kartellen und Syndikaten

Die Verlängerung des Zinkhüttenverbandes gilt, wie die „Frankfurter Ztg.“ berichtet, als gesichert.

Das Westdeutsche Eisenhändlerkartell ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Der Verband deutscher Eisenrohfabrikanten in Siegen wird sich auflösen, da bei der Neuregelung der Quotenfrage ein Einverständnis nicht erzielt werden konnte.

Das Druckknopfkartell ist am 31. Dezember 1913 aufgelöst worden, weil trotz langer und schwieriger Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen war.

Der Verband deutscher Umbohmwerke ist nach einjährigem Bestehen wieder aufgelöst worden.

Die Baubeschlauffabriken haben ein Syndikat für die Dauer von 5 Jahren gegründet.

Hohe Stellen auf Emailgeschirren

Zur Beseitigung roher Stellen auf Emailgeschirren wird vorgeschlagen, Borax und Boraxlösung auf diese Stellen aufzutreiben.

Ein Fortschritt in der Herstellung von Roheisenmasseln

Bei der Herstellung des Handelsroheisens, das bekanntlich in fogen. Masseln auf den Markt kommt, wird merkwürdigerweise in Europa auf fast allen Hochofenwerken heute noch nach demselben Verfahren gearbeitet wie vor 100 Jahren.

sucht, durch Verwendung eiserner Formen im Gießbett diese Uebelstände zu beseitigen, aber die so erhaltenen Maschinen zeigten einen anderen Fehler, nämlich den, daß sie an den kalten Oberflächen abgeschreckt und daher an der Oberfläche hart wurden. Aus all diesen Gründen haben neuerdings zwei westfälische Hochöfenwerke Maffelgießmaschinen, Patent Dr. U. G. v. D. e. m. a. g., aufgestellt, die täglich mehrere hundert Tonnen Rohstahl zu Maffeln vergießen und diese dann selbstständig verladen können. Trotz dieser hohen Leistungsfähigkeit brauchen die Maschinen zu ihrer Bedienung nur einen Maschinisten und einen Hilfsarbeiter. Die auf der Gießmaschine hergestellten Maffeln haben eine glatte und saubere Oberfläche und lassen sich deshalb auch leichter in Stapel aufsetzen, deren Gewicht durch Zählen oder Messen ziemlich genau festgestellt werden kann. Durch Verwendung dieser neuen von der Deutschen Maschinenfabrik A. G. in Duisburg gebauten Maschinen ergaben sich sowohl für das Hüttenwerk als auch für den Abnehmer des Rohstahls erhebliche Vorteile und Ersparnisse, daß diesen ersten Ausführungen in Europa sicher bald weitere folgen dürften.

### Streits und Lohnbewegungen

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuweisen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Offen-Berge-Vorbed.** Auf der Zinkhütte in Berge-Vorbed sind Differenzen ausgetrieben.

**Kobberich bei Grefeld.** Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Tilm. Schmeß, stehen die Arbeiter wegen Verteilung des Coalitionsrates in Kampf.

**Mhlen (Westf.).** Bei der Firma Köttering und Beckmann bestehen Differenzen.

Zuzug ist fernzuhalten.

### Aus dem Verbandsgebiet

**Bodenwdr.** Am 2. Weihnachtstagsfeierabend fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Kollege Oswald München als Referent erschienen war. Er handelte sich um die Zukunft der bairischen Hüttenwerke und deren Arbeiter. Redner führte etwa folgendes aus: In der bairischen ersten Kammer hat sich besonders Herr Reichrat von Finklschär gegen unsere Hüttenwerke geäußert. Man solle sie verkaufen und anderes mehr. Auch der Herr Finanzminister mußte in der fraglichen Sitzung zugeben, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Was soll nun werden. Oswald steht auf dem Standpunkt, daß unsere Staatswerke wohl rentabel gestaltet werden könnten. Er gibt auch Wege an. Es ist bekannt, daß besonders eine sehr hohe Zahl von Beamten große Unkosten verursachen. Viele Beamte betrachten ihre Posten nur als Durchgangsposten. In der Buchführung stehen die Werke den Privatbetrieben nach. Solche veraltete Sachen sollten endlich abgeschafft werden. Auch könnte der Staat das, was er in seinen Verwaltungen braucht, z. B. Eisenbahnverwaltung ruhig in den bairischen Hüttenwerken herstellen lassen. Unsere Werke liefern gute Ware. Große Werke im In- und Auslande sind mit dem Guß und sonstigen Artikeln zufrieden. Der Staat hat es also hier in der Hand, gründlich aufzuräumen. In der Abgeordnetenkammer wird erneut darauf hingewiesen werden müssen. Wenn die Werke verkauft werden müßten, würden die Arbeiter die Leidtragenden sein, wie das ja auch Stochheim bewiesen hat. Den Beamten ist es schließlich gleichgültig, weil sie eben wieder in anderen Betrieben untergebracht werden können. Unsere Arbeiter aber können sehen, wo sie bleiben. Die Zukunft ist dunkel. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, rechtzeitig vorzubereiten. Ein jeder Arbeiter muß in den Kr. Kr. Metallarbeiterverband, um seine Zukunft sicher zu stellen. Keiner weiß, was kommt. Der christliche Metallarbeiterverband hat schon viel für die Staatsarbeiter getan. Er wird sie auch später nicht im Stich lassen. In der Aussprache ergriff auch unter anderem ein Berufsbeamter das Wort, der auch an einem Beispiele darlegte, daß mehr darauf gesehen werden müßte, daß der Staat seinen Bedarf in den eigenen Werken decke. Unseren Kollegen ist der Weg gezeigt, wo sie hingehören. Mag kommen was will, in der Organisation werden die Kollegen den sichersten Schutz finden. Hinein in den Verband.

**St. Georgen i. Schw.** Noch im alten Jahr konnten einige erste offene und mit rassistischen Kollegen von einem schönen Erfolg berichten. Endlich ist es gelungen, in dem schönen Schwarzwaalhädtchen St. Georgen eine Zahlstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes zu gründen. Frisch gewagt, ist halb gewonnen. So hatten wir nun am Freitag den 19. Dezember 1913 eine Gründungsversammlung in dem Gasthaus „Zur Stadt Frankfurt“ anberaumt; und nicht ohne Erfolg. Wir zählten hier 6 christlichorganisierte Kollegen, die sich der Zahlstelle Willküren angeschlossen hatten. In der Gründungsversammlung konnten wir 22 Neuaufnahmen verzeichnen. Gewiß ein schöner Erfolg. Besonders hervorzuheben ist das kollegiale Verhalten des Kollegen Karl Feis aus Furtwangen. Er war gerade derjenige, der es verstanden hat, in überzeugender Weise die Anwesenden zu überzeugen, und für unsere Sache zu gewinnen. Einstimmig wählte man zum ersten Vorsitzenden den Kollegen Ernst Dengler, als Schriftführer Max Groß, als Kassierer Alois Hummel. Gewiß ein Zeichen der Einigkeit. Der Vorsitzende Kollege Dengler schloß mit einem warmen Appell an die jugendlichen Kollegen, deren es schon 15 sind, die erste, mit gutem Erfolg verlaufene Versammlung. Raslos vorwärts, ihr christlich gesinnten Metallarbeiter von St. Georgen, denn wird der Erfolg nicht ausbleiben.

**Empfehlung.** Der H. D. Artikelschreiber bleibt seiner Ergebenheit getreu. Er wird mit den schönsten Mitteln gekämpft, mit patriotischen Anrempelungen und Beschimpfungen, mit „Lügen“ und „Börsen“ operiert, ohne den Schatten eines Beweises zu erbringen, und wenn man sich das nicht so stillschweigend gefallen läßt, sondern den Spieß umkehrt, die dort geübten Praktiken mal beim richtigen Namen nennt und die verletzten und unfairen Baustritte mit kräftigen Ohrfeigen wegwischt, dann wird über „niedrigen Ton“ und „Mißbrauch des Christentums“ gemauert. Scheint der Mann, eine merkwürdige Auffassung vom Christentum zu haben. So haben wir nun doch nicht gewettet. Soweit reicht unsere christliche Nächstenliebe nicht, daß wir uns widerstandslos das Fell über die Ohren ziehen lassen. Wir stehen stattdessen auf dem Standpunkt: hark du deinen Juden, hark ich deinen Juden und legen auf einen Scheitern anbert-

halten. Was wir geschrieben haben, war in der Abwehr notwendig und es ist wahr, jederzeit sind wir bereit, für unsere Angaben die „Dunderscher“ Beugen aufzumarkieren zu lassen. Wenn der Artikelschreiber im Regulator für seine Behauptungen auch den Beweis erbringen soll, wird er wohl arg ins Gedränge kommen.

Wenn der Regulator seine Sippskinder Kollegen wegen ihrer erfolgreichen Kennzeichnung zu tödnen sucht, indem er schreibt, er sei stolz auf sie, so macht das den gleichen Eindruck, wenn Väter deswegen stolz auf ihre Söhne sind, weil diese ein möglichst großes Talent zum Selbstaufgeben haben und möglichst viel dumme Sätze machen, ohne sonst etwas zu leisten. Das ist eben Geschwätz. Ueber Geschwätz läßt sich bekanntlich nicht streiten.

Alles Tröchen und Wenden ändert nichts an der Tatsache, daß man von Dunderscher Seite in frivoler Weise den Paal in die Arbeitererschaft getragen und mit den höchsten Mitteln unsere Mitglieder zu beeinflussen gesucht hat. Das zurückzuweisen, war unsere Pflicht. Mögen sich das die Dunderscher ein für allemal merken und bei ihrer Agitation berücksichtigen.

**München.** Eine gutbesuchte Vertrauensmännerversammlung am Dienstag, den 6. Januar 1914 nahm zur kommenden Generalversammlung Stellung. Den Hauptpunkt der Besprechung bildete eine eventuelle Beitragserhöhung und Maßnahmen zwecks besserer Einklassierung. Nach einer äusserst regen Aussprache beschloß die Mehrheit, daß der Antrag einer Beitragserhöhung der Generalversammlung unterbreitet werden soll. Weiterhin wurde betont, daß alle Kollegen die Generalversammlung besuchen mögen, um dort ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Diejenigen Mitglieder, die der Generalversammlung fernbleiben, erklären sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Es ist also Pflicht aller Kollegen die ordentliche Generalversammlung am Samstag, den 14. Februar 1914 abends punkt 8 Uhr, im Saale „Neopolstadt“, Sennfelderstraße 11, zu besuchen.

**Motzenburg a. N.** Gegenwärtig herrscht hier reges gewerkschaftliches Leben. Immer mehr kommen die Arbeiter zur Erkenntnis, daß nur durch die Berufsorganisation ein Aufstieg ermöglicht wird. Die am 14. Dezember 1913 abgehaltene öffentliche Versammlung unseres Verbandes im großen Waldhornsaale verlief glanzvoll. Der Saal war überfüllt und die Begeisterung groß. Kollege Krug (Stuttgart) gab einen sachlichen und instruktiven Bericht über die Verhandlungen des 3. Deutschen Arbeiterkongresses in Berlin, der ein Programm für die zukünftige Arbeit der christlich-nationalen Arbeiterkraft bedeutet. Kollege Gengler (Stuttgart) sprach an zweiter Stelle über die praktische Nukleenanwendung des Kongresses und über die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Staat, Gesellschaft und Industrie. In überzeugender Weise legte er die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterschaft und Gesellschaft dar. Berechtigtes Aufsehen erregten die Mitteilungen des Referenten über die Motzenburger Lohnverhältnisse. Die Mehrzahl der Arbeiter kommt nach unseren Erhebungen über einen Stunden- und Monatslohn von 30—35 Pfg. nicht hinaus. Die von Arbeitgeberseite gemachten Angriffe und Einwendungen gegen die Gewerkschaften in Motzenburg erfuhren eine sachliche Richtigstellung. Die nichtständigen Anwärter der sozialdemokratischen „Freien Presse“ erhielten die verdiente Charakterisierung. Beide Redner ernteten für ihre Ausführungen den hürmlichen Beifall der Versammlung.

Die beiden größeren Firmen Motzenburgs richteten, wegen der Ausführungen über die dortigen Arbeiterlöhne Zuschriften an die Presse, nach denen die Lohnverhältnisse günstiger sein sollten. Wir blieben natürlich die Antwort nicht schuldig.

Den Genossen sind unsere Fortschritte auch ein Dorn im Auge. Ohne Verdächtigungen unseres Verbandes geht es natürlich nicht ab. Durch Verteilung der „Metallarbeiter-Zeitung“ und Flugblättern mit Verteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften im Allgemeinen und Kollegen Gengler im Besonderen, suchte man die Arbeiter vom Eintritt in unsern Verband abzuhalten. Statt sich zu sein, daß die Arbeiterschaft nach langem Zögern sich endlich organisiert und eine Aenderung der Verhältnisse zu erreichen, macht man in Hese gegen uns. In Versammlungen und Presse dreht man die alten Schlagworte gegen die christlichen Gewerkschaften zum F. Ma'e herunter, beweiskräftiger werden sie dadurch natürlich nicht. Wird den Machern der Hese auf die Finger geklopft, dann heulen sie, als ob sie die Unfaul selbst seien. So machte man es in einem Versammlungsbericht, den die roten Metallgenossen an die „Steinbach-Zeitung“ sandten. Der Bericht veranlaßte uns zu folgender Richtigstellung an das Blatt:

Herrschl. Redaktion! In Nr. 5. 1914 gaben Sie einer Zuschrift des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes über eine seiner Versammlungen Raum. In dem Bericht wird als Ausführung des Versammlungsvorlesenden u. a. folgendes wiedergegeben: „Der Bezirksleiter Gengler habe die Ortsverwaltung unseres Verbandes in der schamlosesten Weise beschimpft und damit dafür gesorgt, daß ein Zusammenarbeiten nicht zu denken sei; dies war jedenfalls auch beabsichtigt.“ Diese Darstellung des Vorlesenden ist direkt unmaßh. Der Bezirksleiter Gengler vom christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands hat mit keinem einzigen Wort in seiner Rede in der großen Versammlung im Waldhornsaale die Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes oder ihrer Mitglieder behandelt. Was er ist nur, daß Bezirksleiter Gengler in kurzen Zügen die geradezu hanbeschönen, unwahren Angriffe und Verdächtigungen, wie sie in den Artikeln der „Freien Presse“ gegen die christlichen Gewerkschaften im Allgemeinen und den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands im Besonderen gegeben wurden, zurückwies. Den Angreifern mußte die ihnen gebührende Antwort zuteil werden. Wenn sich hier nun der Vorsitzende des sozialdemokratischen Verbandes persönlich getroffen fühlt, so ist das seine Sache. Anscheinend steht er den fraglichen Artikeln in der „Freien Presse“ nicht sehr ferne. Seine persönliche Sache ist aber noch lange nicht Sache der Gesamtarbeiterschaft. Wer in diesem Fall, in der schamlosesten Weise beschimpft hat, bedarf nach dieser wahrheitsgemäßen Darstellung keiner weiteren Erläuterung. Hier gilt auch das Wort vom „Ballen im eigenen Auge“.

Die einseitige Arbeitererschaft Motzenburgs läßt sich durch solche arbeiterfeindliche Maßnahmen einzelner Genossen nicht beirren. Ihre Aufgabe steht sie in der Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes, der eigenen Schulung und Bildung, damit das Ziel: Hebung der Arbeiterlage erreicht wird.

**Saargebiet.** Tropdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, welche in der landwirtschaftlichen Hütten- und Metall-

industrie beschäftigt sind, nicht günstig dastehen, versucht man jetzt schon die Arbeiter auf die angeblich mit „höckeriger“ Sicherheit eintretende „Wirtschaftskrise“ hinzuweisen. Nicht etwa um ihr zu sagen, daß sie es unterlassen habe, in den „sieben fetten Jahren“ an der Hebung ihres Standes bei der Verbesserung der Löhne, Verklärung der Arbeitszeit usw. zu arbeiten, nein, der kurzfristige Zweck der Hebung ist ein anderer. Bei einer vielleicht eintretenden Abschwächung der Konjunktur, sollen aller Voraussicht nach die Hauptleidtragenden die Arbeiter, oder nach Dr. Tille „Die Erzeuger der Handkräfte“ sein. Die satirischen Größen huldigen wohl meist der Ansicht, daß eher tausend Arbeiter einen Minderverdienst von einer Mark pro Tag nach Hause bringen könnten, als daß ein Aktionär auch nur den geringsten Minderertrag ertrüge. Bedeutungslos für die Grubenhandwerker und -Maschinisten ist, daß auch die Leitung der staatlichen Werke an der Saar mit einstimmt in die Unkenrufe der privaten Unternehmer. Dadurch hofft man wohl die gewiß berechtigten Lohnforderungen der Maschinenarbeiter zum Schweigen zu bringen, was bei der Wichtigkeit dieser Arbeiterklasse kein allzu schweres Unternehmen sein dürfte. Diese Tatsache sollte doch den Metallarbeitern an der Saar, einerlei ob sie in staatlichen oder privaten Betrieben beschäftigt sind, die Augen öffnen. Private und staatliche Arbeitgeber Arm in Arm, einig in dem Bestreben, die Folgen einer niedergehenden Konjunktur allein auf die Arbeiter abzuwälzen. Stellen wir nun die Frage: Biegt für die genannten Kreise eine Notwendigkeit zu diesem Vorgehen vor, so müssen wir sie glatt verneinen. Hier zeigt es sich aufs deutlichste, staatlicher Vergeltung und Großindustrie haben nicht an übermäßig „massenfeindlichen“ Regungen. Dr. Tille könnte zufrieden sein, sein Geist regiert noch heute. Ein Blick auf die in der Großindustrie erzielten Gewinne zeigt uns, daß die Werkbesitzer ganz gut in der Lage sind, die Folgen einer Krise zu tragen, ohne das schmale Einkommen der Arbeiter noch zu beschneiden. Trotz der — nach Ausdruck dieser Kreise — ins „Ungehörige“ gestiegenen sozialpolitischen „Lasten“ werden noch glänzende Ueberflüsse erzielt. Die Dillinger Sättemerke, die 5890 Arbeiter beschäftigten, erzielten im letzten Geschäftsjahr nach Abzug sehr reichlicher Abschreibungen und Rückstellungen, (die gewöhnlich nicht zu knapp ausfallen) einen Gewinn von 9555 912 Mark und verteilten eine Dividende von 29. Proz. Auch die Burbacher Hütte mit ihren 5298 Arbeitern erzielte einen Gewinn, der den Wunsch der Arbeiter nach höheren Löhnen begreiflich erscheinen läßt. Der Gewinn im Geschäftsjahr 1912—13 betrug 27 Millionen Frs., eine Dividende von 9 Proz. wurde gezahlt. Für die hauptsächlich ausländischen Aktionäre des Werkes werden aus den Knochen der deutschen Arbeiter derartige Gewinne herausgeholt. Die Arbeiter aber preßt man in gelbe Werkvereine und beachtet den armen irgeleiteten Sättemerke 325 000 Mark „Almosen“, für den Verzicht auf das vornehmste Recht des Arbeiters. Einen deutschen, christlich und national gesinnten Arbeiter muß dieses Gebahren sehr bedenklich stimmen. Auf die gelbe kirchhofähnliche Saat wird die rote politische Ernte nicht ausbleiben, trotz des Durrapatriotismus, den verschiedene Drahtzieher der Gelben in Schutz genommen haben. Wie herrlich das „gute Einvernehmen“ der kirchhofähnlichen mit ihren Protokollanten belohnt wird, zeigt das Vorgehen der Firma Köhling, die ihren Fünfeinhalbtausend Arbeitern schon jetzt eine Löhnerhöhung von — — — Reduzierung angekündigt hat. Wer nun glaubt gegen ein solches Vorgehen würden sich die Arbeiter auflehnen, irtzt sich gewaltig. Saarabstürmer Terror, gelber Klingel und die Gleichgültigkeit der Massen werden auch diese bittere Pille schlucken. Almosen, Schinkenrot, Freibier und Werkvereinsmätze zu 50 Pfg. werden ihre Wirkung nicht verfehlen. Ein Dichtervort sagt: „Wenn einer selbst sich macht zum Knecht, so hilft ihm niemand, geht's ihm schlecht!“ Die Arbeiterschaft ist mit Schuld an diesen Zuständen, weil sie das Mittel der organisierten Standesarbeit nicht ergreift.

Gegenüber den sehr respektablen Gewinnen der Unternehmer nimmt sich die Lohnsteigerung der Arbeiter, sofern man überhaupt von einer solchen sprechen kann, sehr bescheiden aus. Der Durchschnittslohn, der im Bereich der Sättemerke im Jahre 1907 1231 Mark und beträgt jetzt im Hochkonjunkturjahre glücklicherweise 1297 Mark. Diese „Löhnerhöhung“ fällt insolge der steigenden Lebensmittelpreise und der höheren steuerlichen Belastung der Arbeiter durch die Gemeindefullständig aus. Bei den unnigen Wechselbeziehungen zwischen staatlichen und privaten Betrieben an der Saar ist zu verstehen, daß die auf den staatlichen Betrieben beschäftigten Grubenhandwerker und -Maschinisten unter denselben ungünstigen Lohnverhältnissen zu leiden haben. Während es durch die Arbeit unseres christlichen Metallarbeiterverbandes gelungen ist, besonders für die jüngeren Kollegen eine ziemlich erhebliche Löhnerhöhung zu erreichen, lassen die Löhne der älteren Kollegen noch vieles zu wünschen übrig. Die Mehrzahl dieser Kollegen glaubte auch ohne gewerkschaftlichen Rückhalt ihre Interessen vertreten zu können. Mit welchem Erfolg, zeigten die Ausführungen des Herrn Oberberggrafs Jordan zu Ransbachhausen, der mit dem Hinweis auf die ominöse wirtschaftliche Krise die Lohnforderungen der Werkstattdarbeiter glatt ablehnte. Schimpfen und Rationieren kann diese harte Tatsache nicht aus der Welt schaffen, da hilft nur das Mittel der Organisation.

Ziehen wir den Schluß aus dem Gelaszten, so mühen wir zu dem Resultat kommen, daß unsere Metallarbeiterschaft an der Saar alle Ursache hat, den kommenden Ereignissen ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Verstimmt sie es, sich durch den Anstich an den christlichen Metallarbeiterverband eine harte Position zu schaffen, so ist sie schuldlos der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Ist es ihr aber Ernst mit der Verbesserung ihrer Lage, der Hebung des Arbeiterstandes, der Abwehr der zugebundenen Verschlechterungen, so kann es nur eine Möglichkeit geben: Hinein in die Organisation, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Wetterhammer.** In einer zahlreich besuchten Betriebsversammlung, der auch Bezirksleiter Kollege Konrad teilnahm, wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Königl. Werk eingehend erörtert. Vor einigen Wochen hat unser Verbandsorgan schon — zum Teil ziffernmäßig — über die enormen Verschlechterungen berichtet, unter denen die Arbeiterschaft zu leiden hat. Kollege Konrad wurde einige Tage nach der vorerwähnten Versammlung mit der Unterstützung des Herrn Abgeordneten Steets bei der Generaldirektion vorstellig, wobei diese Verhältnisse der Gegenstand eingehender Aussprache waren. Hierüber wurde wieder in einer Betriebsversammlung, an der 120—130 Arbeiter teilnahmen,

berichtet. Soweit gegen die Arbeiterbeschwerden in der Generaldirektion Einmäße erhoben wurden, erfolgte nach dieser Versammlung nochmals Klärung auf schriftlichem Wege von unserer Verbandsgeschäftsstelle an die Generaldirektion, zur Klärung des Sachverhalts.

Eine weitere Erörterung an dieser Stelle, sowie eine Stellungnahme der Arbeiterschaft bleibt für die nächste Zeit vorbehalten, je nach den weiteren Maßnahmen der Generaldirektion bezw. Betriebsleitung.

Bedeutend ist, daß die Vertretung der Arbeiterschaft bei der Werksleitung nicht das Entgegenkommen findet, wie dies an vielen Privat- wie auch an einer Reihe kgl. Werke üblich ist. So hat z. B. durch einen unglücklichen Umstand die Gießerei im Arbeiterauschuss keine Vertretung. Die deshalb von dieser Arbeitergruppe gewählte Kommission wurde von der Werksleitung abgewiesen. Eine solche Methode muß als vormalterlich und vor allem unpraktisch bezeichnet werden. Auch eine Verhandlung mit dem Verbandsvertreter wurde abgelehnt, ehe ein diesbezügliches Ansuchen gestellt war. Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn schließlich unter der Arbeiterschaft Zweifel darüber aufkommen, ob die Werksleitung gewillt ist, den Arbeiterwünschen und Beschwerden Rechnung zu tragen. Auch der Unbesonnenheit muß unter solchen Umständen zu dem Schluß kommen, daß auf diese Weise ein für den Erfolg des Werkes höchst wichtiges Kapital gefährdet wird, nämlich die Arbeitsfreudigkeit und das Vertrauen. Die Rechnung wäre zuletz falsch, wenn auf der einen Seite einige 1000 M. an den Löhnen gespart würden und auf der anderen Seite ein Vielfaches verloren ginge.

Eine für die Zukunft gute Seite hatten die verschiedenen Vorkommnisse der letzten Zeit. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Solidarität der Arbeiter ist unter dem Druck der Not erstarbt. Das eine fühlte jeder vernünftige Kollege, waren wir früher schon einiger gewesen, dann stände es heute in mancher Beziehung besser. Eine geschlossen organisierte Arbeiterschaft kann nicht auf die Seite geschoben werden, wenn Existenzfragen auf dem Spiele stehen. An dieser Erkenntnis vermögen auch einzelne Auwendener nichts zu ändern. Eine alte Erfahrung, daß Radikale nicht selten zu Demagogen werden, bestärkt sich auch in Weierhammer. Solche Leute sind recht halb erlant. Ihre Berräterei wird übertrag von dem Einfluß einer geschlossen organisierten Arbeiterschaft, die das hohe Gut der Solidarität zu schätzen weiß. Sorge deshalb ein jeder Kollege für Einheit und Solidarität, dann ist es für die Zukunft nicht schlecht um die Arbeiterinteressen bestellt.

### Soziale Wahlen

**Frankenthal.** Am 7. Dezember 1913 fanden die Wahlen des Ausschusses der allgemeinen Ortskrankenkasse des Bezirks Frankenthal statt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft erhielt von 60 Ausschussmitgliedern 13. Die Sozialdemokraten 42 und eine Liste der städtischen Beamten erhielt 5 Stimmen. Die Arbeiterliste (bürgerliche Partei) erhielt 30 Stimmen. Da die Genossen keine Gegenliste aufgestellt hatten, gilt erstere als gewählt. Die Mehrheit der Genossen in der Ortskrankenkasse ist somit gebrochen.

**Luz (Erzgebirge).** Am 29. Dezember fand hier die Ausschusswahl an der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Bis her hatten die Sozialdemokraten in der Kasse unbeschränkt die Herrschaft. Diesmal beteiligten sich auch die nationalen Arbeiter an der Wahl. Während bei der letzten Wahl auf Arbeitnehmerseite etwa 100 Stimmen abgegeben wurden, übten diesmal von etwa 3500 Wählerstimmen 1921 ihr Wahlrecht aus. Liste 1 (national) erhielt 473 Stimmen gleich 10 Vertreter und 20 Erfasmmänner. Auf Liste 2 (Sozialdemokraten) vereinigten sich 1434 Stimmen gleich 30 Vertreter und 60 Erfasmmänner. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die

christl. Gewerkschaften in Luz erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit festen Fuß gefast haben, kann das Wahlergebnis als befriedigend bezeichnet werden. In unseren Kollegen in Luz liegt es jetzt, rüstig weiter zu arbeiten und für unseren Verband zu werden.

**Fingolstadt.** Ein schöner Erfolg konnte bei der Ausschusswahl zur Betriebskrankenkasse in den Militärbetrieben erzielt werden. Auf die gelbe Liste (Urkolb-Verband) entfielen 11 Vertreter, auf die christliche Liste 19 Vertreter. Unsere Kollegen waren bisher im Krankenkassenvorstand nicht vertreten.

**Sothofen.** Bei der Krankenkassenwahl im kgl. Werk erhielt die Liste des christlichen Metallarbeiterverbandes 89 Stimmen und 7 Vertreter, die Werksliste 18 Stimmen und 1 Vertreter.

**Weiherhammer.** Bei der Wahl zur Betriebskrankenkasse des kgl. Werkes erzielte der christliche Metallarbeiterverband 137 Stimmen, auf die Werksliste fielen 17 Stimmen.

### Soziale Wahlen in der Oberpfalz

Soziale Wahlen sind bekanntlich ein Gradmesser für die Stärke der Arbeiterbewegung geworden. Aus den Wahlen kann man vieles lernen. Die Wahlen in der Oberpfalz haben jetzt alle stattgefunden und es dürfte angebracht sein, eine kleine Betrachtung darüber anzustellen. Auf der ganzen Linie haben die christlichen Gewerkschaften Erfolge gebracht. In Amberg siegten die christlichen Arbeiter bei den Krankenkassen- und Gewerbevereinswahlen trotz der größten Anstrengung der roten und gelben Herrschaften. Bei den Wahlen zur Knappschaftskrankenkasse auf der Dütschbüttel Amberg fielen sämtliche Kandidaten unserer Liste zu. Die Roten gingen, obwohl Verhältniswahl herrscht, leer aus. Auf dem Emailierwerk in Safelmühle siegte unsere Liste über die Werksliste, für welche auch die Roten eintraten. Auf der Markhütte siegten wir über die Gelben, die bisher die Kasse in der Hand hatten. In Weiherhammer erhielt unsere Liste 137 Stimmen und die Werksliste 17 Stimmen. In der Ortskrankenkasse Amberg-Land war nur eine Liste, und zwar von unseren Leuten eingereicht. Sie galt als gewählt. Nur auf dem Emailierwerk Amberg war nichts zu machen. Hier haben die Gelben die Oberhand. Wir hatten keine Liste aufgestellt. Auch in anderen Städten der Oberpfalz, wo weniger Metallindustrie vorhanden ist, haben unsere Listen sehr gut abgeschnitten. Aus der Wahl in allen Orten zeigt es sich, daß viele innerlich zu uns gehören. Nur öffentlich in Reich und Glied mögen sie nicht mit uns marschieren. Auf allen Werten erhielten wir bedeutend mehr Stimmen, als wir Mitglieder haben. Auf einem Werk bis 300 Prozent. Hier müssen die Kollegen in der Oberpfalz den Hals ansetzen. Es darf nicht eher gerückt werden, bis der letzte Mann in unseren Reihen steht. Dann wird unsere schwere Arbeit noch mal so leicht und der Erfolg nicht ausbleiben.

Daß die Leute zu uns gehören, zeigt folgendes. Auf einem Werke kam während der Pause ein Meister in die Kantine und wollte sie über die Wahl aufklären. „Ihr müßt alle Liste 1, „lies gelbe“, Liste wählen, das ist die richtige“ und so fort. Die Arbeiter ließen ihn ruhig gewähren. Als er fort war, wurde in der Bude ein großes Loch in die Erde gegraben und dort hinein die Stimmzettel der Liste 1 verstreut. Die Kollegen die nicht organisiert sind, gingen alle zur Wahl und verließen unseren Kandidaten zum Sieg. Alle diese Kollegen sind für unseren Verband zu gewinnen. Wir müssen an die Kollegen herankommen. Wenn nicht auf dem Werk selber geht, dann fuchen wir sie baheim auf. Diese Kollegen werden die besten Kämpfer für unsere Sache. Unsere Kollegen, die jetzt im Ausschuss oder Vorstand der Kassen sitzen, müssen alle ihre Pflicht tun. Es schaut im manchen Werk noch traurig in den Krankenkassen aus.

Manche Kasse, in denen die Kollegen bisher schon mitredeten, sind ein gutes Stück den Kassen voraus, wo Arbeiter bisher nur wenig oder gar nicht vertreten waren. Das Versäumte müssen unsere Kollegen nachholen. Wir wissen, es wird ein schweres Stück Arbeit werden. Aber es ist der Mühe wert. Auch den Kassenmitgliedern müssen die Kollegen, die sich schon etwas Kenntnis angeeignet haben, mit unter die Arme greifen. Es ist eine betrübende Tatsache, daß gerade unsere Arbeiter der Oberpfalz sich sehr wenig um die sozialen Versicherungen kümmern. Brennt's dann mal, ist Not am dem Mann. Tausende von Mark gehen den hiesigen Arbeitern durch Unkenntnis verloren. Auch in unserem Ortsgruppenbericht wird sich das weiter zeigen. Im Jahre 1913 hat unsere Ortsverwaltung gegen 10 000 Mark herausgeschlagen für unsere Kollegen. Die Streitigkeiten erstreckten sich größtenteils auf die Versicherungen und das Arbeitsverhältnis. Aus den Zahlen sollen alle Kollegen lernen.

**Metallarbeiter, greift zu.** Erkennet eure Pflicht und stellt euren Mann. Die rückläufige Konjunktur hat uns manchen Schaden gebracht. Helft mit, daß es auch hier wieder besser wird.

### Briefkasten

**U. N. B. s. d. e. n. e.** Der Einfuhrzoll für eiserne Ketten, die in der Schleppschiffahrt Verwendung finden, beträgt pro Doppelzentner 1,50 Mark. Der Zoll für andere eiserne Ketten z. B. Untersetzen, Rugschellen etc. beläuft sich auf 5 Mark pro Doppelzentner. Voraussetzung ist, daß diese Ketten nicht weiter bearbeitet wie lackiert sind. In diesem Fall beträgt der Zoll 1,5 Mark pro Doppelzentner.

**Nach Haan.** Die Ansuchen für den Versammlungskalender sind zu unbekannt. Wir eruchen dich, vor jeder Versammlung eine diesbezügliche Karte an die Redaktion zu senden.

### Sterbetafel.

**Offen.** Am 29. Dez. 1913 starb infolge eines Unfalls alles unter langjähriges Mitglied und Vertrauensmann Gerhard von Nahl. — Am 29. Dez. 1913 verschied infolge einer Gehirnerschütterung unser langjähriger Kollege Fritz Wapelhorst.

**Schw. Grund.** Unser treuer Kollege Josef Hähle, Goldarbeiter, starb am 29. Dez. 1913 im 41. Lebensjahre.

**Mürnberg.** Am 5. Jan. starb unser lieber Kollege Richard Samann im Alter von 50 Jahren an Lungentuberkulose.

**Sam.** Im Alter von 48 Jahren starb am 29. Dez. 1913 unser Kollege Franz Wietina an Herzschwäche.

**Neusburg.** Am 25. Dezember verschied unser Kollege Eduard Pridan an einem Kehlkopfleidern im Alter von 51 Jahren.

**Mürnberg.** Unser lieber Kollege Johann Heppel starb am 27. Dez. 1913 im jugendlichen Alter von 16 Jahren an Bauchfellentzündung.

**Düffelort.** Am Freitag, den 9. Jan. verschied unser treuer Kollege Heinrich Wenkemann im Alter von 46 Jahren an Darmverkrüppelung.

**Niederreifeberg.** Unser liebes Mitglied Anton Reuth starb am 4. Januar im Alter von 30 Jahren an Lungentuberkulose.

Gehre ihrem Andenken!

### Berichtungsstaben.

Kolleagen und Kolleginnen!

Berichtungsstaben ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 17. Januar.

**Artern.** Abends 8 30 Generalversammlung im „Glosterm“ Düsterweg. **Hörscheid.** Abends 8 30 bei Genuemann, Marktstraße. **Riesels-Brakwe.** Abends 7 Uhr bei Krambrock. **Süßstadt.** Abends 8 30 Schloherlektion, in der Rathausmühle, Neumarkt 12.

**Süßstadt.** Abends 8 30 zur Krone, Freiheitsstr. **Düffelort-Wilf-Friedrichsdorf.** Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Finken-Alex, Ecke Kreuzstraße. **Waisburg-Neudorf.** Abends 8 30 bei Schürs, Düffelort, Generalversammlung.

**Dortmund 1.** Abends 8 30 bei Kroll, Körnerplatz, Generalverl. **Dortmund 2.** Abends 8 30 bei Pant. **Düffelort-Oberfeld.** Abends 9 Uhr bei Bollen, Postallee 51. **Düffelort-Berdt.** Abends 9 Uhr bei Pöthen, Crescentstr. 81. **Güternfeld.** Abends 9 Uhr bei Pöthen, Generalversammlung. **Offen-Elektronenmonteur und Glühbirnenmonteur.** Abends 8 45 im Schützenheim am Felsenberg.

**Offen-Gut und Benschmiede.** Abends 9 Uhr Generalverl. bei Gillberg, Oberrichter 5. **Offen-Kettwin.** Abends 9 Uhr bei Rührmann Generalversammlung. **Salle.** Abends 8 30 Generalverl. in der Barkenhalle Gr-Berlin. **Mürnberg.** Abends 8 Uhr im Seidenhofszitz, Tefelhofstraße 7, Generalversammlung.

**Hörbach-Stadt.** Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Untere Angasse 20 beim Bären.

Samstag, den 18. Januar.

**Mittwoch.** Nachm. 4 Uhr Generalversammlung. **Mitraggen.** Nachm. 11 Uhr bei A. Steinhaus, Földerstr. 1. **Hörscheid.** Nachm. 5 Uhr bei Genuemann Familienabend. **Süßstadt.** Nachm. 11 15 Generalversammlung im Restaurant „Zur Stadt“ Rüthenstr. 4.

**Süßstadt.** Nachm. 11 Uhr bei Düffelort, Seilerstraße. **Düffelort-Güternfeld.** Nachm. 11 Uhr bei Bahlmann, Danheimstr. in Generalversammlung.

**Düffelort-Neudorf.** Nachm. 11 Uhr bei Düffelort, Seilerstraße. **Düffelort-Wilf-Friedrichsdorf.** Nachm. 11 Uhr bei Pöthen, Crescentstr. 81. **Düffelort-Berdt.** Nachm. 11 Uhr bei Pöthen, Crescentstr. 81. **Güternfeld.** Nachm. 11 Uhr bei Pöthen, Crescentstr. 81. **Offen-Elektronenmonteur und Glühbirnenmonteur.** Nachm. 11 Uhr im Schützenheim am Felsenberg.

**Offen-Gut und Benschmiede.** Nachm. 11 Uhr Generalverl. bei Gillberg, Oberrichter 5. **Offen-Kettwin.** Nachm. 11 Uhr bei Rührmann Generalversammlung. **Salle.** Nachm. 11 Uhr in der Barkenhalle Gr-Berlin. **Mürnberg.** Nachm. 11 Uhr im Seidenhofszitz, Tefelhofstraße 7, Generalversammlung.

**Hörbach-Stadt.** Nachm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Untere Angasse 20 beim Bären.

**Mittwoch, den 18. Januar.** **Mitraggen.** Nachm. 11 Uhr bei A. Steinhaus, Földerstr. 1. **Hörscheid.** Nachm. 5 Uhr bei Genuemann Familienabend. **Süßstadt.** Nachm. 11 15 Generalversammlung im Restaurant „Zur Stadt“ Rüthenstr. 4.

**Süßstadt.** Nachm. 11 Uhr bei Düffelort, Seilerstraße. **Düffelort-Güternfeld.** Nachm. 11 Uhr bei Bahlmann, Danheimstr. in Generalversammlung.

**Düffelort-Neudorf.** Nachm. 11 Uhr bei Düffelort, Seilerstraße. **Düffelort-Wilf-Friedrichsdorf.** Nachm. 11 Uhr bei Pöthen, Crescentstr. 81. **Düffelort-Berdt.** Nachm. 11 Uhr bei Pöthen, Crescentstr. 81. **Güternfeld.** Nachm. 11 Uhr bei Pöthen, Crescentstr. 81. **Offen-Elektronenmonteur und Glühbirnenmonteur.** Nachm. 11 Uhr im Schützenheim am Felsenberg.

**Offen-Gut und Benschmiede.** Nachm. 11 Uhr Generalverl. bei Gillberg, Oberrichter 5. **Offen-Kettwin.** Nachm. 11 Uhr bei Rührmann Generalversammlung. **Salle.** Nachm. 11 Uhr in der Barkenhalle Gr-Berlin. **Mürnberg.** Nachm. 11 Uhr im Seidenhofszitz, Tefelhofstraße 7, Generalversammlung.

**Hörbach-Stadt.** Nachm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Untere Angasse 20 beim Bären.

Mittwoch, den 21. Januar.

**Dortmund-Neueingewebe.** Abends 9 Uhr in der Hövelspforte Hövelstraße.

Freitag, den 23. Januar.

**Duisburg-Danheim.** Abends 8 30 bei Graber Generalversamm. Samstag, den 24. Januar.

**Dortmund 2.** Abends 8 30 bei Kram, Defenermühlstraße Generalversammlung. **Süßstadt.** Abends 8 30 Generalversammlung in der Ratismühle, Neumarkt 12.

Sonntag, den 25. Januar.

**Süßstadt.** Nachm. 11 Uhr bei Düffelort, Seilerstraße, Generalversammlung. **Güternfeld-Neudorf.** Nachm. 11 Uhr im Kurbalrestaurant Rührmannstraße Generalversammlung der Sektion. **Güternfeld.** Nachm. 11 Uhr bei Kropitz, Kirchplatz, Generalversammlung der Sektion. **Süßstadt.** Nachm. 11 Uhr Versammlung bei Krammerling, Seilerstraße 157.

**Düffelort.** Den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle der Krankenkassen-Zahlstelle biete zur Nachricht, daß die Beitragszahlungen an jedem Sonntag 11 30 bis 12 30 auf dem Bureau der Ortsverwaltung zu erfolgen haben.

**St. Georgen i. Schw.** Vorzüglicher Ernst Dengler, Mechaniker, Gewilgstr. 238.

**Haan.** Die Auszahlung von Unterzählungen findet statt jeden Samstag Abend von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr beim Kollegen Berne, Zepplinstraße 10 part.



**Teilzahlung aller Art**  
Uhren u. Goldwaren.  
Photo, optische Artikel,  
Sprechmaschinen,  
Musikinstrumente,  
Spielwaren, Zithern  
H. S. W.  
Kataloge gratis und franko bei  
Jonass & Co. BERLIN A. 741  
Ecke Alt-Moabit.

**Drucksachen aller Art**  
werden geschmackvoll,  
sauber, zu den billigsten  
Preisen hergestellt in der  
Druckerei  
**Echo vom Nieder rhein**  
Duisburg  
Musfeldstraße 15.

Stichtige ältere Former erhalten Beschäftigung. Meldungen mit Angabe der Mitglieds-Nr. sind an richten an die Geschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes in Stelesfeld, Herforderstraße 84.

**Salem Aleikum**  
**Salem Gold** (Goldmündstück) Cigaretten.  
Preis Nr. 3 4 5 6 8 10  
3 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.  
**Trustfrei!**

FABRIK-ANSICHT  
ORIENTAL-Tabak- u. Cigaretten-Fabrik  
Königsberg  
Yenidze, Dresden  
Inh. Hugo Lietz  
Königsberg